

Im Blickpunkt

JUGEND UND FAMILIE IN EUROPA



Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Autorin: Johanna Mischke
i-punkt@destatis.de

Redaktion: Kerstin Hänsel
redaktion@destatis.de

Grafische Gestaltung: Andreas Bliemeister

Internet: www.destatis.de

Informationsservice
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30
www.destatis.de/kontakt

Weitere Informationen zu dieser Publikation und zur europäischen Statistik

EDS Europäischer Datenservice: www.eds-destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 94 27
Fax: +49 (0) 611 / 75 94 30
eds@destatis.de

Erschienen im Mai 2009
Bestellnummer: 1021220-09900-4

Fotorechte:

Titelbild: © Kleimaier/Quelle PHOTOCASE
Seite 9: © iStockphoto.com/Kirill Zdorov
Seite 12, 21: © Fancy by Veer/Higher Education
Seite 13: © Digital Vision/Flying Colours Ltd.
Seite 15: © photocase.com/Anna-Lena Thamm
Seite 16: © image100/140050h
Seite 19, 27: © Fancy by Veer/Campus Life
Seite 29: © Digital Vision/Harrison Eastwood
Seite 30, 56: © Fancy by Veer/Safety and Insurance
Seite 31: © iStockphoto/Michelle Harvey
Seite 32: © Digital Vision/dv792055

Seite 33: © stockbyte/200351339-001
Seite 36: © imagebroker/Creativ Studio Heinemann
Seite 39, 42: © Fancy by Veer/Active Families
Seite 40: © german images/NFP03171
Seite 43: © plainpicture/Design Pics
Seite 44: © irisblende.de/p_5503
Seite 46: © iStockphoto/Carmen Martínez Banús
Seite 49, 51: © Fancy by Veer/Parents and Tots
Seite 50: © Fancy by Veer/Workplace Play
Seite 53: © stockbyte/325152RKN
Seite 58: © Statistisches Bundesamt

Liebe Leserin, lieber Leser,

je stärker Europa zusammen wächst, desto interessanter wird der Blick über die nationalen Grenzen hinweg. Wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo gibt es Unterschiede? Wo steht Deutschland im europäischen Vergleich? Was können wir von unseren Partnerländern lernen, und wo liegen die Chancen und Herausforderungen für das vereinte Europa?

Die Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa“ beschäftigt sich mit den Menschen, die für die Zukunft Europas stehen. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie Jugendliche und Familien in der Europäischen Union leben. Anhaltende Debatten über Kleinkindbetreuung, Geburtenrückgang oder Ausbildungsplätze zeigen: Familien- und Jugendthemen stehen dauerhaft im Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion. Dabei geht es um die Rahmenbedingungen zur Gegenwartsgestaltung und für die Zukunft und zwar sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen des vereinten Europas.

Der vorliegende Band wurde vom EDS Europäischer Datenservice meines Hauses verfasst. Seit vielen Jahren ist er eine feste Institution, die in Kooperation mit Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, geführt wird. Entsprechend unseres Slogans „wissen.nutzen.“ können sich hier alle Bürgerinnen und Bürger kostenfrei informieren. Sie erreichen ihn im Internet unter www.eds-destatis.de.

Allen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Mein zusätzlicher Dank gilt Eurostat für die gemeinsame Finanzierung.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorwort	3
Vorbemerkungen	6
Einleitung	7
<hr/>	
1 Jugend in Europa	9
1.1 Jugend in Zahlen	9
1.2 Bildungssysteme	12
Öffentliche Ausgaben – Schule und Lehre – Höhere Bildung	
1.3 Einstieg in die Arbeitswelt	23
Jugenderwerbstätigkeit – Arbeitsverträge – Jugendarbeitslosigkeit	
1.4 Lebenswelten	27
Auszug aus dem Elternhaus – Erste Liebe und die Folgen – Kultur und Sport – Die e-Generation – Jugend und Drogen	
<hr/>	
2 Familie in Europa	39
2.1 Familiengründung und -entwicklung	39
Geburtenzahlen – Heirat und Scheidung	
2.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	47
Erwerbstätigenquoten – Arbeitszeitmodelle	
2.3 Die ökonomische Situation von Familien	52
Haushaltsausgaben – Armutsgefährdung – Sozialleistungen	
<hr/>	
Anhang	59
Eurostat – Ein Fundus an Fakten zu Europa	

Gebietsstand

Die Angaben zur EU-27 beziehen sich auf die 27 Länder, die 2009 zur Europäischen Union (EU) gehörten: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern.

Datenlage

Dieser Band basiert überwiegend auf Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Die Daten sind harmonisiert und gewährleisten somit die Vergleichbarkeit von nationalen Ergebnissen auf europäischer Ebene. Durch Harmonisierungen können die Werte von denen der nationalen Statistikämter, z. B. des Statistischen Bundesamtes in Deutschland, abweichen. Zudem liegen die harmonisierten Daten auf europäischer Ebene z. T. nur mit zeitlicher Verzögerung zum nationalen Veröffentlichungstermin vor.

Alle statistischen Angaben zum EU-Durchschnitt berechnen sich aus den Werten der 27 EU-Mitgliedsländer, auch wenn sich diese Angaben auf die Jahre vor dem EU-Beitritt neuer Mitgliedsländer beziehen.

Ein EU-Ergebnis kann prinzipiell nur nachgewiesen werden, wenn Angaben für alle Mitgliedsstaaten vorliegen. Sofern von Eurostat kein EU-27-Wert vorlag, wurde dieser auch nicht ausgewiesen.

In einigen Fällen wurden Daten von anderen Quellen als Eurostat herangezogen: Das Kapitel „Bildungssysteme“ stützt sich teilweise auf die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie der OECD, das Kapitel „Lebenswelten“ auf Meinungsumfragen des Eurobarometers der Europäischen Kommission. Viele Kapitel enthalten zudem Infoboxen mit dem Titel „Im Blickpunkt Deutschland“, die auf Daten des Statistischen Bundesamtes basieren und Aspekte beleuchten, die sich nicht auf EU-Ebene darstellen lassen. Von Eurostat abweichende Datenquellen sind in den Abbildungen gesondert benannt.

Der Band enthält die verfügbaren Daten mit Stand vom Januar 2009. Einige Werte waren bei Redaktionsschluss noch vorläufig. Generell können durch Datenrevisionen nachträglich Abweichungen auftreten.

Einleitung

Jugendliche in Europa haben heute weitaus mehr Möglichkeiten zur Gestaltung der eigenen Biografie als ihre Eltern und Großeltern. Durch die weitgehende Aufhebung der Grenzen können junge Menschen einfacher in Nachbarländer reisen, um dort ein Schuljahr oder die Studienzeit zu absolvieren, Sprachen zu lernen oder um zu arbeiten.

Die Vielfalt an Möglichkeiten auf der einen und das sich rasant verändernde soziale, wirtschaftliche und technologische Umfeld auf der anderen Seite machen die Orientierung aber nicht leicht: Mit welchem Bildungsabschluss kann ich in der heutigen wissensbasierten Gesellschaft erfolgreich sein? Wie stehen meine Chancen auf eine Vollzeitstelle, wie flexibel und mobil muss ich sein, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können? Diese Fragen stellen sich heutzutage viele Jugendliche. Auch persönliche Aspekte bestimmen die Entwicklung der Jugend: die Wahl der Freizeitaktivitäten, beispielsweise die Abnabelung von Zuhause, dem „Hotel Mama“ oder der Einfluss der elektronischen Kommunikation auf das Zusammenleben.

Irgendwann stehen junge Menschen auch vor der Entscheidung, eine Familie zu gründen. Dabei wird dieser Zeitpunkt zunehmend auf später verschoben. Es wird deutlich, dass neben der traditionellen Form des Zusammenlebens Patchwork-Familien und außereheliche Lebensgemeinschaften an Bedeutung gewinnen. Frauen erheben

den Anspruch, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Manche Männer wollen ihre Vaterrolle stärker wahrnehmen. Einige Familien plagen finanzielle Sorgen. Nicht alle verfügen über ein Einkommen, das ausreicht, um sich und die Kinder angemessen zu versorgen. Wie hilft da der Staat?

Der vorliegende Band „Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa“ greift diese Themen auf und gibt damit einen Einblick in die Welt der Jugendlichen und die Lebensumstände von Familien in den 27 EU-Ländern. Der thematische Bogen spannt sich dabei von der Schule über die Zeit der Ausbildung, den Beginn der Berufstätigkeit bis hin zur Phase der Familiengründung, den Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur ökonomischen Situation der Haushalte.

Die in der Publikation verwendeten EU-Statistiken veranschaulichen, wie die Menschen zwischen Nordkap und italienischer Stiefelspitze, Atlantik und Schwarzem Meer leben. Dabei wird deutlich, wo Deutschland im europäischen Vergleich steht.

„Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa“ steht auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de kostenfrei zum Download zur Verfügung. In der elektronischen Fassung sind Tabellen und Grafiken zusätzlich mit den Datenbanken verlinkt, aus denen sie entstammen. Das ermöglicht den direkten Zugriff auf die aktuellsten Zahlen.

1 Jugend in Europa

Die heutige Generation junger Menschen in Europa lebt in bewegten Zeiten: Wirtschaftliche und technologische Rahmenbedingungen ändern sich rasant. Befristete Verträge, flexible Arbeitszeiten, grenzüberschreitende Mobilität, aber auch mögliche Auszeiten sowie Phasen von Arbeitslosigkeit und beruflicher Umorientierung machen Lebenswege immer individueller. Der Eintritt in die Arbeitswelt, die Entscheidung zur Gründung einer Familie – im Vergleich zur Generation ihrer Eltern verschieben junge Menschen beides auf einen späteren Zeitpunkt im Leben.

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich mit der Lebensgestaltung Jugendlicher in Deutschland und Europa von der Ausbildung bis zum Start ins Berufsleben. Wie sind die Lernbedingungen in den Schulen? Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren entwickelt? Trinken Jugendliche wirklich so viel Alkohol? Lesen sie überhaupt noch manchmal in einem Buch und welche Rolle spielen Handy, Computer und Internet? Und in welchem Alter ziehen sie in die eigenen vier Wände?

1.1 Jugend in Zahlen

Rund jeder achte Einwohner der EU ist zwischen 15 und 24 Jahren alt. Den größten Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung hatten Anfang 2008 die Länder Litauen (15,9 %), Lettland (15,6 %) und Polen (15,5 %). In Deutschland waren es 11,6 % der Bevölkerung. Schlusslicht in der EU war Italien, wo nur rund jede/-r Zehnte zur Gruppe der Jugendlichen gehörte (10,2 %).

In der Mehrheit der EU-Länder ging der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zu Anfang 1993 zurück. Besonders betroffen von dieser Entwicklung war Spanien. Dort schrumpfte der Anteil junger Menschen innerhalb von nur 15 Jahren von 16,8 % auf 11,2 %. In Deutschland sank der Anteil im Vergleichszeitraum um 0,8 Prozentpunkte. Damit verringerte sich die Zahl junger Menschen hierzulande um 471 000 auf 9,5 Millionen.

Doch nicht in allen Ländern war die Entwicklung rückläufig. In Lettland beispielsweise stieg der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1993 und 2008 um zwei Prozentpunkte.



Eine Veränderung des Anteils Jugendlicher muss jedoch in Abhängigkeit vom Wachstum der Gesamtbevölkerung gesehen werden. So bedeutet ein Anstieg nicht automatisch eine Zunahme der absoluten Zahl der Jugendlichen. In Estland zum Beispiel nahm der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung von 1993 bis 2008 zwar um 1,4 Prozentpunkte zu, die betreffende Altersgruppe verringerte sich im gleichen Zeitraum jedoch absolut um mehr als 4 000 Personen. Im umgekehrten Fall bedeutet ein relativer Anteilsrückgang nicht

automatisch die Abnahme der absoluten Zahl der Jugendlichen. Ein Beispiel dafür ist Finnland. Dort ging der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung von 1993 bis 2008 zwar leicht von 12,6 % auf 12,4 % zurück, die betreffende Altersgruppe nahm im gleichen Zeitraum absolut jedoch um rund 23 000 Personen zu (Tab 1.1).

Nicht nur zwischen den EU-Staaten, auch innerhalb der Länder schwankt der Bevölkerungsanteil junger Menschen je nach Region zum Teil erheblich.

Besonders ausgeprägt waren regionale Unterschiede z. B. in den südeuropäischen Ländern Spanien und Italien. Den EU-weiten Negativrekord hielt Anfang 2007 die im Nordwesten Italiens gelegene Küstenregion Ligurien. Dort waren nur noch 7,7 % der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren alt. EU-Spitzenwerte von mehr als 17 % erreichten hingegen die polnischen Verwaltungsbezirke Warminsko-Mazurskie und Karpatenvorland. In Deutschland wies Mecklenburg-Vorpommern mit 13,5 % den höchsten Anteil Jugendlicher auf. Am anderen Ende der Skala lagen Schleswig-Holstein, Hamburg und Hessen mit Anteilen von 11,0 % und weniger. Die im Vergleich zum alten Bundesgebiet höheren Anteile in Ostdeutschland erklären sich vor allem durch relativ hohe Geburtenraten in der DDR. Da nach dem Mauerfall in Ostdeutschland weniger Kinder zur Welt kamen, ist zu erwarten, dass der Anteil Jugendlicher dort bald abnimmt (Abb 1.1).

Tab 1.1 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren
EU-27, 2008*

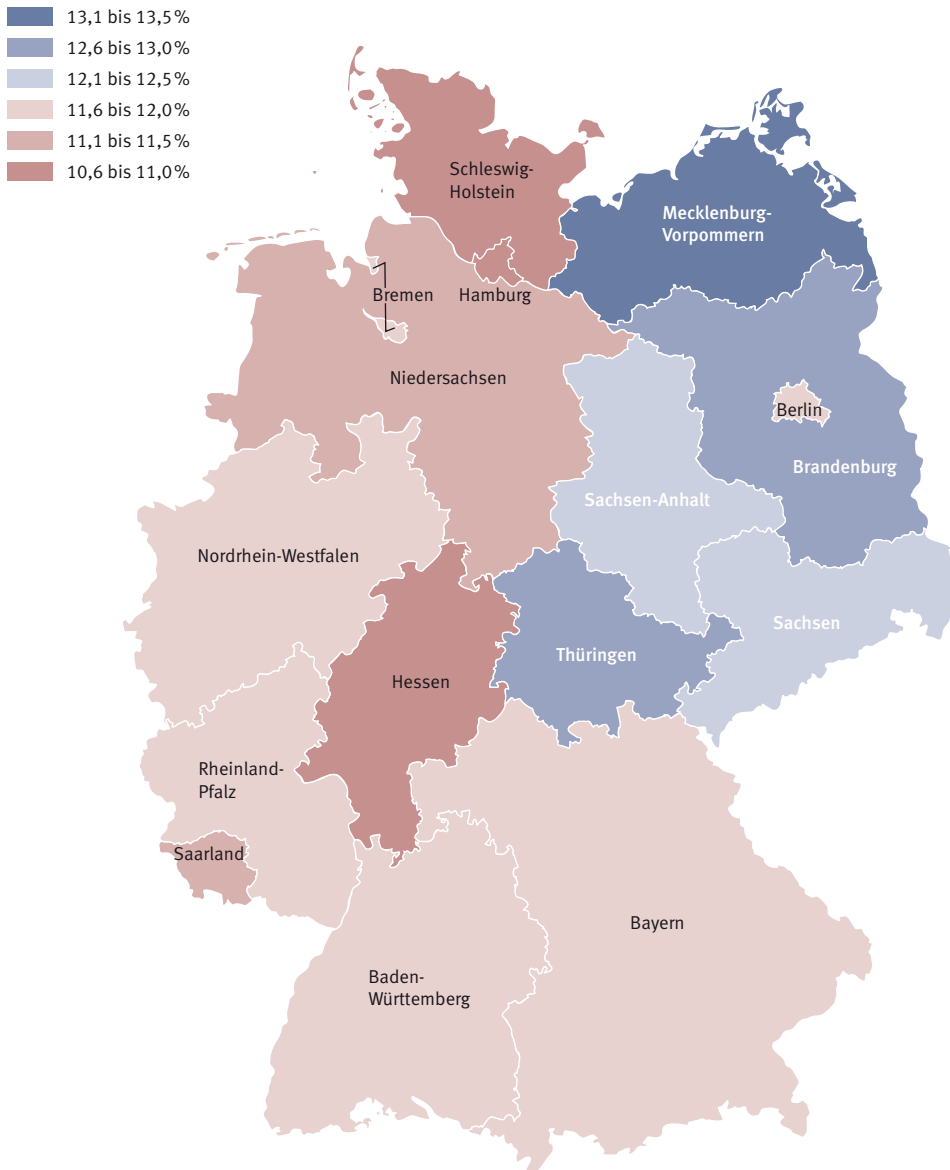
	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	Anteilsveränderung in Prozentpunkten gegenüber 1993	insgesamt ¹ in 1000
Litauen	15,9	+1,2	534,8
Lettland	15,6	+2,0	353,5
Polen	15,5	+0,7	5 907,7
Zypern	15,4	+1,1	121,6
Slowakei	15,3	-0,7	826,8
Estland	15,2	+1,4	203,5
Rumänien	14,6	-2,5	3 150,4
Irland	14,1	-3,1	621,9
Malta	14,1	-0,3	58,0
Vereinigtes Königreich ²	13,4	-0,1	8 146,4
Bulgarien	13,1	-1,4	998,4
Schweden	13,0	+0,1	1 194,6
Tschechische Republik	13,0	-2,9	1 346,2
Ungarn	12,7	-2,6	1 273,3
Frankreich	12,6	-1,8	7 766,7
Finnland	12,4	-0,2	659,2
Slowenien	12,4	-2,2	250,2
Österreich	12,3	-1,6	1 022,1
Belgien	12,1	-1,1	1 292,8
Niederlande	12,1	-2,4	1 982,5
Luxemburg	11,8	-0,5	57,1
Dänemark	11,7	-2,3	638,1
Portugal	11,6	-4,7	1 236,0
Deutschland	11,6	-0,8	9 498,5
Spanien	11,2	-5,6	5 070,5
Griechenland	11,2	-3,9	1 253,7
Italien	10,2	-4,9	6 082,4
EU-27²	12,6	-1,8	62 333,0

* Stichtag: 1. Januar

¹ Gerundet

² 2007

Abb 1.1 Jugend in Deutschland – Anteile nach Bundesländern
15- bis 24-Jährige in Prozent der jeweiligen Gesamtbevölkerung 2007



1.2 Bildungssysteme

Erstklassige Bildungssysteme sind eine wichtige Voraussetzung für Europas Erfolg in der globalisierten Welt. Der Europäische Rat sieht in ihnen ein wirksames Mittel zur Herstellung von Chancengleichheit, Armutsbekämpfung und Verminderung von Jugendarbeitslosigkeit. Auch die Bundesregierung hat in ihrem „Nationalen Reformprogramm 2008 – 2010“ die Absicht bekundet, das Bildungssystem zu stärken, um Jugendlichen neue Chancen zu eröffnen. Dafür wurde im Januar 2008 eine Qualifizierungsinitiative verabschiedet, die die Lebens- und Beschäftigungsperspektiven junger Leute unabhängig von ihrer Herkunft verbessern soll.

Öffentliche Ausgaben

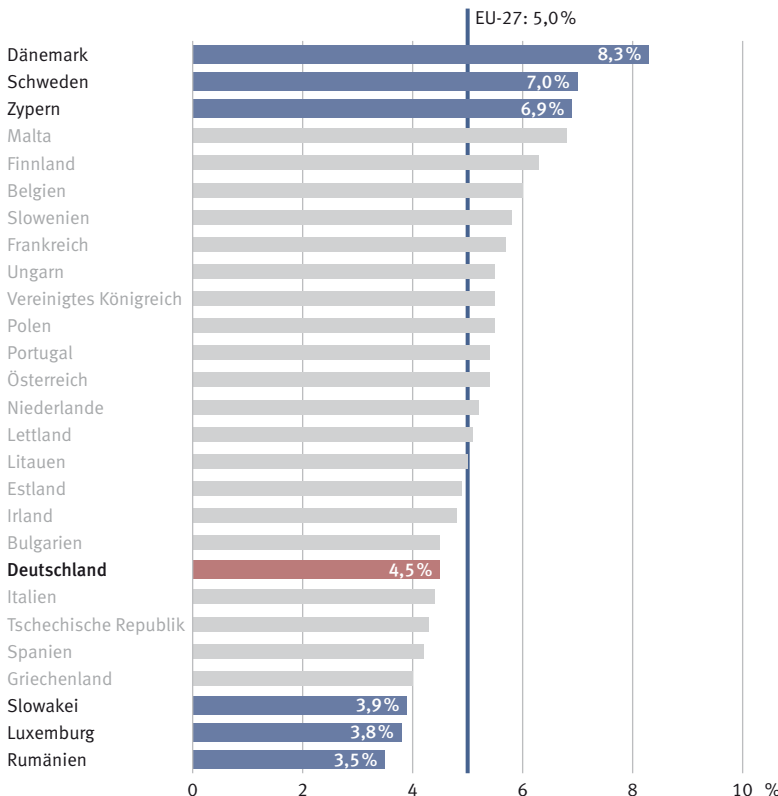
Wie viel ist Bildung wert?

Rund 94 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger bzw. 19 % der EU-Gesamtbevölkerung besuchten 2006 eine Schule oder weiterführende Bildungseinrichtung. Investitionen in die Bildung junger Menschen sind ein Grundstein für die Zukunftsfähigkeit eines

Landes, jedoch wenden die Mitgliedstaaten der EU unterschiedliche Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für diesen wichtigen Bereich auf. Deutschlands öffentliche Gesamtausgaben für die



Abb 1.2 Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung
EU-27, 2005, in % des BIP



Bildung beliefen sich 2005 auf 4,5 % des deutschen BIP. Das entspricht 96,3 Milliarden Euro. Damit lagen die Bildungsausgaben anteilig leicht unter dem Niveau der Vorjahre (zum Vergleich 2004: 4,6 % des BIP bzw. 95,4 Milliarden Euro).

Die geringsten Aufwendungen für ihr Bildungswesen, mit weniger als 4 % ihres Bruttoinlandsproduktes, hatten 2005 Rumänien, Luxemburg und die Slowakei. Spitzenreiter war Dänemark, das 8,3 % seines BIP investierte. Der Großteil der EU-Staaten kam auf einen Anteil zwischen vier und sechs Prozent (Abb 1.2).

Schule und Lehre

Lernen im Zentrum: Deutsche Schulen im Vergleich

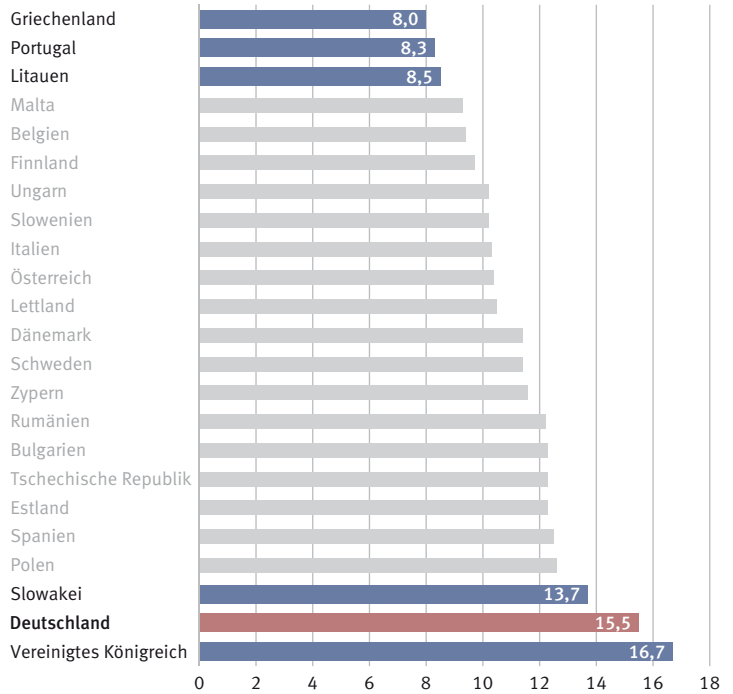
Veraltete Ausstattung, gestresste Lehrerinnen und Lehrer sowie Kinder, die schlecht lesen und rechnen können: Nur selten dringen aus deutschen Klassenzimmern gute Nachrichten an die Öffentlichkeit. Ist Deutschlands Schulsystem schlechter als das europäischer Nachbarländer? Wie gut schneiden deutsche Schulen bei Lernbedingungen und Schülerleistungen ab?

Schüler-Lehrer-Relation: Auf das Verhältnis kommt es an

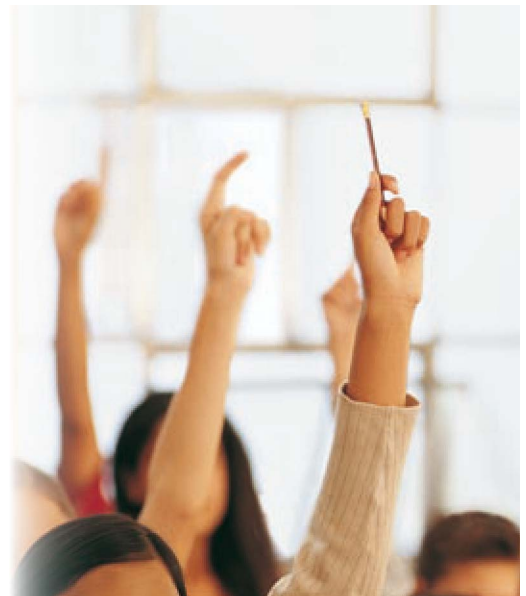
Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland haben im europäischen Vergleich alle Hände voll zu tun: Fast 16 Jungen und Mädchen betreuten sie 2006 im Schnitt im Sekundarbereich I. Damit verzeichnete Deutschland nach dem Vereinigten Königreich die zweitschlechteste Betreuungsquote in der EU. Am günstigsten war die Situation in Portugal und Griechenland. Dort kamen auf eine Lehrkraft jeweils lediglich rund acht zu unterrichtende Jungen und Mädchen. In den übrigen Staaten variierten die Relationen zwischen neun und 14 Kindern je Lehrkraft (Abb 1.3).

Die Schüler-Lehrer-Relation entspricht jedoch nicht unbedingt der Klassengröße. Die betreffenden Zahlen können sogar weit auseinander liegen: So steht nicht jede Lehrkraft einer Schule einer Klasse vor und ergänzende, zum Beispiel psychologische oder sonderpädagogische Betreuungspersonen verbessern die Schüler-Lehrer-Relation rechnerisch gegenüber realen Klassengrößen.

Abb 1.3 Schüler-Lehrer-Relation im Sekundarbereich I
EU-27*, 2006, Schüler je Lehrkraft (ISCED 2)



* Ohne Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande.



Zwei Generationen, zwei Welten — Alltag nicht nur an deutschen Schulen

Die einen sind in der Pubertät, die anderen kurz vor der Rente: Alltag in vielen europäischen Schulen, wo den Jugendlichen im Unterricht immer mehr ältere Lehrerinnen und Lehrer gegenüberstehen. Auch die deutschen Lehrerkollegien sind von einem zahlenmäßigen Ungleichgewicht zwischen Jung und Alt gekennzeichnet. So war 2006 in Deutschland im Sekundarbereich jede zweite Lehrkraft bereits 50 Jahre und älter, nur in Italien war der Anteil noch höher (63 %). In 15 weiteren Ländern, darunter den Niederlanden, Schweden und Dänemark, stellten die Älteren (50 Jahre und älter) noch zwischen 30 % und 45 % der Lehrerschaft. Deutlich jüngere Lehrerinnen und Lehrer hatten Polen, Zypern, Portugal und Malta, wo nur rund jede fünfte Lehrkraft 50 Jahre und älter war.

Junge Lehrerinnen und Lehrer waren in allen Ländern im Schuldienst deutlich unterrepräsentiert. So auch in Deutschland, wo 2006 im Sekundarbereich von 100 Lehrkräften lediglich 3 unter 30 Jahre alt waren. Auch hier erzielte Deutschland das zweitschlechteste Ergebnis nach Italien, wo es praktisch keine Lehrkräfte unter 30 Jahren gab. Am stärksten vertreten waren junge Lehrerinnen und Lehrer in Malta und Rumänien, wo ihr Anteil 31 % bzw. 24 % betrug (Abb 1.4).

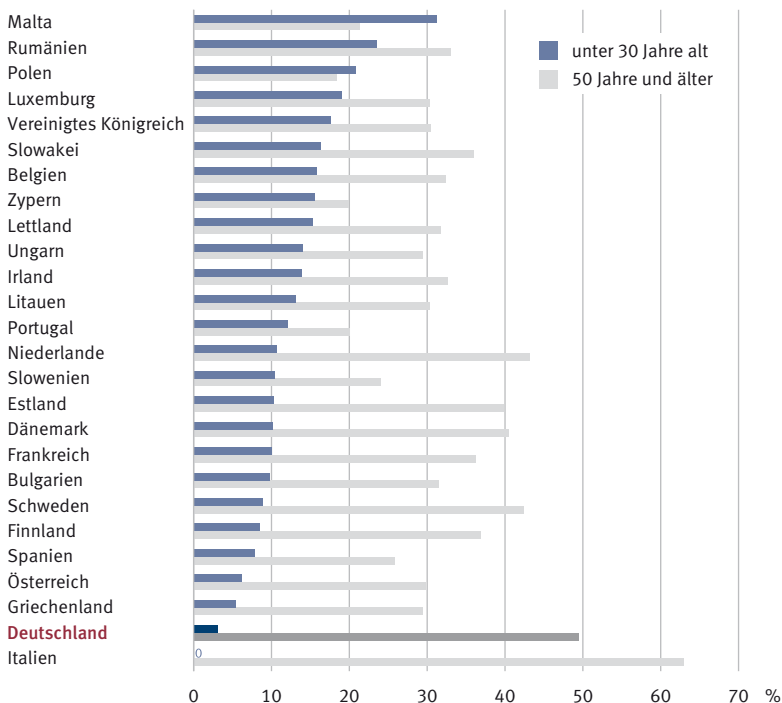
PISA 2006

Nicht zuletzt die von der OECD initiierte PISA-Studie, bei der das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich erhebliche Mängel offenbarte, hat hierzulande zu Debatten über die Notwendigkeit von Reformen im Schulwesen geführt. Im Rahmen von PISA wird international alle

drei Jahre untersucht, inwieweit Schülerinnen und Schüler gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die sie für die erfolgreiche Teilhabe an der Wissensgesellschaft brauchen. Über 400 000 15-jährige Schülerinnen und Schüler aus 57 Ländern nahmen an der jüngsten Befragungsrunde im Jahr 2006 teil. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Naturwissenschaften, es wurden aber auch Tests in den Bereichen Lesekompetenz und Mathematik durchgeführt.

Bei den Leistungen im Bereich Naturwissenschaften belegten Finn-

Abb 1.4 Anteil der Lehrkräfte des Sekundarbereichs (öffentliche und private Schulen) EU-27*, 2006, nach Altersgruppen



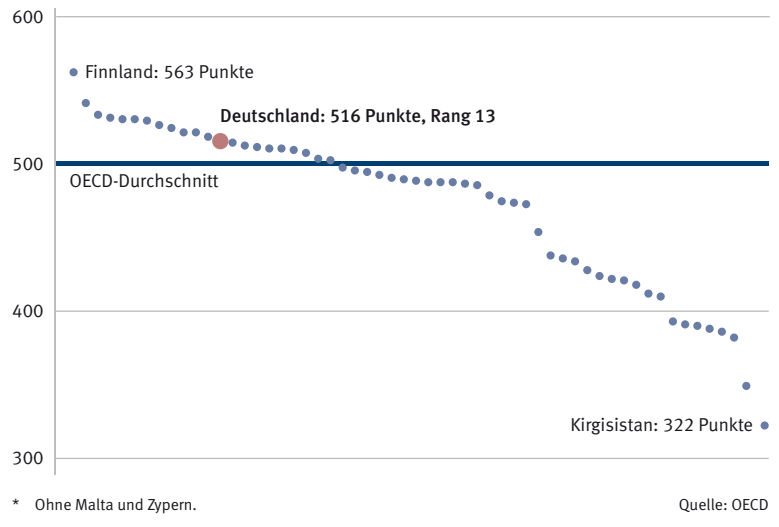
* Ohne Tschechische Republik.

lands Jugendliche bei PISA 2006 den ersten Platz.

Deutschland erreichte Rang 13 und lag damit im oberen Drittel der 57 Teilnehmerländer. Von den EU-Ländern schnitten neben Finnland nur Estland (Platz 5), die Niederlande (Platz 9) und Slowenien (Platz 12) besser ab. Damit erzielten die deutschen Schülerinnen und Schüler bessere Ergebnisse als zum Beispiel ihre Altersgenossen in Schweden (Platz 22) und Dänemark (Platz 24). Auch in den Bereichen Mathematik und Lesekompetenz gehörte Deutschland mit den Rängen 20 bzw. 18 zu den erfolgreicheren EU-Ländern. Finnland als bestes EU-Land konnte auch hier mit dem jeweils 2. Platz die umfassende Leistungsfähigkeit seines Bildungssystems unter Beweis stellen (Abb 1.5).

Abb 1.5 Deutschland im PISA-Vergleich*

2006, Rangplätze nach mittlerer Punktzahl auf der Skala Naturwissenschaften



➤ Im Blickpunkt Deutschland: Das duale System der beruflichen Ausbildung

Die berufliche Bildung im dualen System mit den Ausbildungsorten Betrieb und Berufsschule hat in Deutschland traditionell eine besondere Bedeutung: Sie wird von mehr als der Hälfte aller Jugendlichen durchlaufen. Die Berufsausbildung dauert dabei in der Regel zwei oder drei Jahre. Finanziert wird das System vom Ausbildungsbetrieb, der der oder dem Auszubildenden eine Vergütung zahlt, sowie vom Staat, der die Kosten für die Berufsschule übernimmt. 2007 schlossen rund 624 000 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag im Rahmen des dualen Systems der Berufsausbildung ab. Das waren 7,4 % (+42 750) mehr als im Vorjahr. Die Entwicklung verlief dabei in West und Ost unterschiedlich: Im früheren Bundesgebiet wurden 8,6 % (+39 580) mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen, in den fünf neuen Ländern und Berlin nur 2,6 % (+3 160), obwohl in Ostdeutschland ein großer Teil der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger staatlich gefördert oder außerbetrieblich ausgebildet wird. Insgesamt befanden sich am 31. Dezember 2007 rund 1,59 Millionen Jugendliche in einer dualen Berufsausbildung, 1,5 % (+23 550) mehr als im Vorjahr.

Jugend zeigt sich konservativ:

Traditionelle Berufswahl

Insgesamt gibt es in Deutschland rund 340 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Tatsächlich beschränken sich jedoch immer noch sehr viele Frauen und Männer auf nur wenige Berufsbilder in traditionellen Frauen- bzw. Männerdomänen. So waren die fünf von Frauen am stärksten besetzten Ausbildungsberufe „Kaufrau im Einzelhandel“, „Bürokauffrau“, „medizinische Fachangestellte“, „Friseurin“ und „Industriekauffrau“. Rund ein Drittel (31 %) aller weiblichen Auszubildenden erlernten 2007 einen dieser fünf Berufe. Bei den Männern war „Kraftfahrzeugmechatroniker“ (7,4 %) der meistgewählte Ausbildungsberuf. Es folgten „Industriemechaniker“, „Kaufmann im Einzelhandel“, „Elektroniker“ sowie der Beruf des „Anlagenmechanikers für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“. Insgesamt wählten 23 % aller männlichen Auszubildenden einen dieser fünf Berufe.

Quelle: Destatis



Frühe Schulabgänger

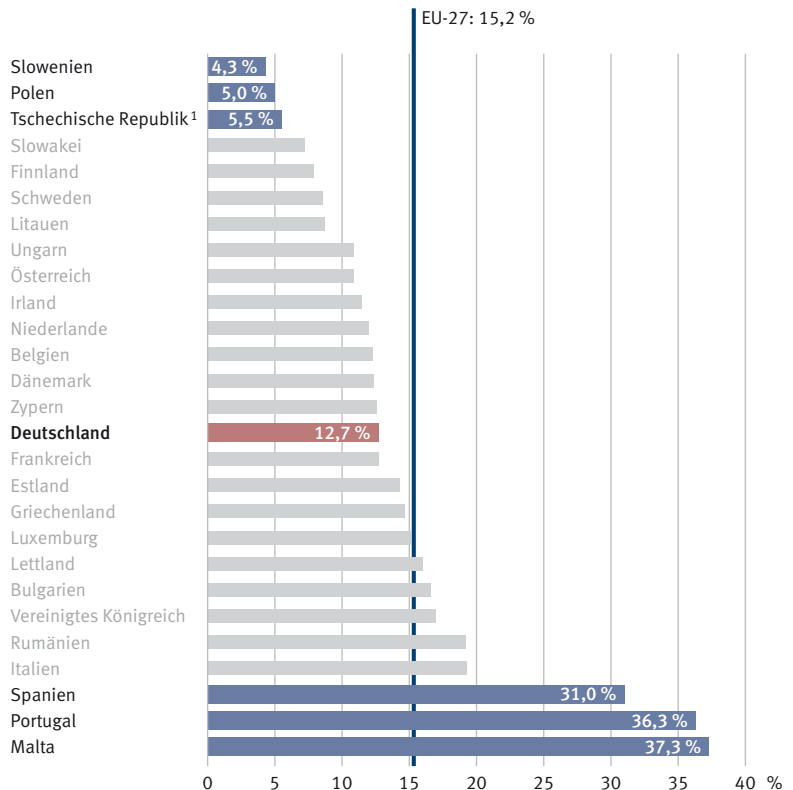
Junge Menschen, die die Schule vorzeitig oder nur mit einem niedrigen Bildungsabschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit einem höheren Bildungsabschluss. Die Statistik zeigt: Je niedriger der Abschluss, desto höher die Gefahr, erwerbslos zu werden. Auf der anderen Seite hat die Wirtschaft Interesse daran, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels das gesamte Ausbildungs- und Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen. Der Rat der Europäischen Union hat hier Handlungsbedarf erkannt und das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger auf höchstens 10 % zu senken. Gemeint sind damit 18- bis 24-Jährige, die keinen Abschluss des Sekundarbereichs II besitzen, also weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Obwohl die Tendenz in den vergangenen Jahren positiv war, verließen 2007 in der EU-27 immer noch rund 15 % der 18- bis 24-Jährigen frühzeitig die Schule. Besonders hoch waren die Quoten in den südeuropäischen Ländern Malta (37,3 %), Portugal (36,3 %) und Spanien (31,0 %). Die prozentual wenigsten frühen Schulabgängerinnen und -gänger hatten

Slowenien (4,3 %), Polen (5,0 %) und die Tschechische Republik (2006: 5,5 %). In Deutschland hat sich der Anteil in den vergangenen Jahren zwischen 12 % und 14 % eingependelt. 2007 lag er bei 12,7 % (Abb 1.6).

In allen Ländern, außer Bulgarien, verließen Frauen dabei deutlich seltener frühzeitig die Schule als Männer. Der Unterschied machte im EU-Durchschnitt vier Prozentpunkte aus (13,2 % gegenüber 17,2 %). In Deutschland war die Differenz hingegen recht gering (Quote der Frauen: 11,9 %, Männer: 13,4 %).

Abb 1.6 Frühe Schulabgänger*
EU-27, 2007



* Anteil der 18- bis 24-Jährigen, der sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

¹ 2006

Junge Frauen haben Bildungsvorsprung

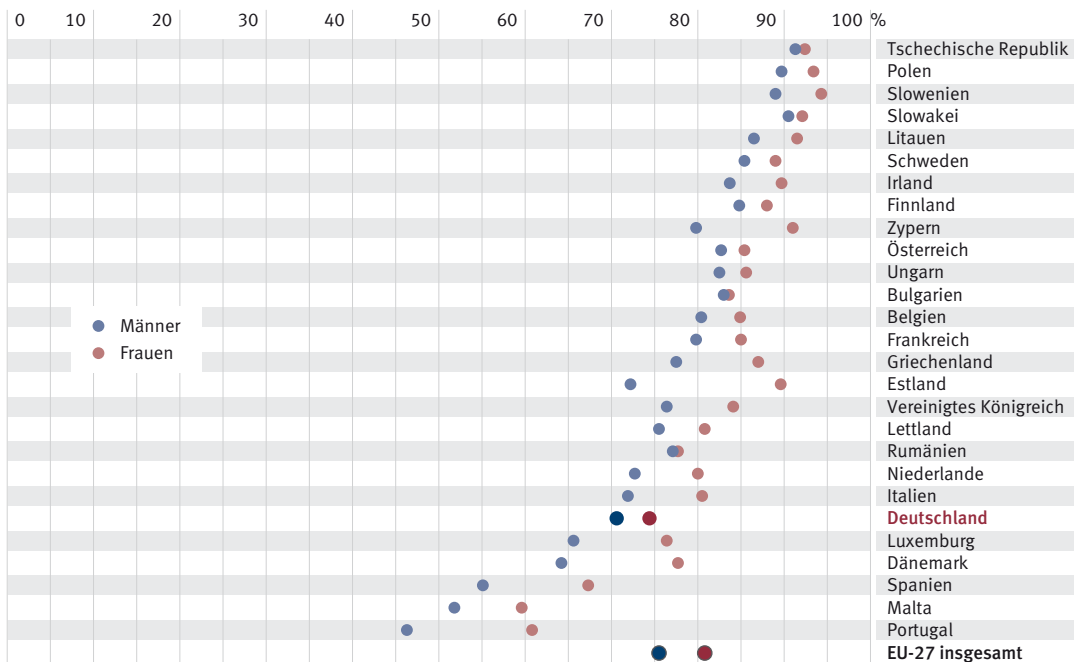
Um die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, hat der Rat der Europäischen Union das Ziel verabschiedet, dass bis 2010 85 % aller 20- bis 24-Jährigen in der EU mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II aufweisen sollen. Ein Sekundar-II-Abschluss entspricht in Deutschland der Hochschulreife oder dem Abschluss einer Lehre oder einer Berufsfachschule. Eine Zwischenbilanz zeigt zwar eine kontinuierlich steigende Quote in den vergangenen Jahren, doch noch ist die Zielmarke nicht in greifbare Nähe gerückt. 2007 verfügten im EU-Durchschnitt erst 78 % der jungen Europäerinnen und Europäer über mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II.

Innerhalb der EU gab es dabei große Unterschiede. In der Tschechischen Republik, Polen, Slowenien und der Slowakei besaßen bereits mehr als 90 % der jungen Leute dieser Altersgruppe mindestens

einen Sekundar-II-Abschluss. In Portugal und Malta war es hingegen nur etwas mehr als die Hälfte (53,4 % bzw. 55,5 %) der Jugendlichen. Deutschland kam auf einen Wert von 72,5 %, der jedoch zu einem wesentlichen Teil durch die Wahl der Altersgruppe bedingt ist: In Deutschland erreichen viele Jugendliche relativ spät einen Abschluss des Sekundarbereichs II gegenüber anderen europäischen Staaten.

Frauen zeigten sich dabei generell lernfreudiger als Männer: In allen 27 EU-Staaten wiesen sie einen höheren Bildungsstand auf als ihre männlichen Altersgenossen. Im EU-Durchschnitt verfügten 80,8 % der Frauen mindestens über den Abschluss des Sekundarbereichs II, bei den Männern waren es nur 75,5 %. Am deutlichsten war der Bildungsvorsprung junger Frauen in Estland, Portugal, Dänemark, Spanien, Zypern und Luxemburg. Dort unterschieden sich die Quoten

Abb 1.7 Anteil 20- bis 24-Jähriger mit mindestens einem Sekundar II-Abschluss
EU-27, 2007



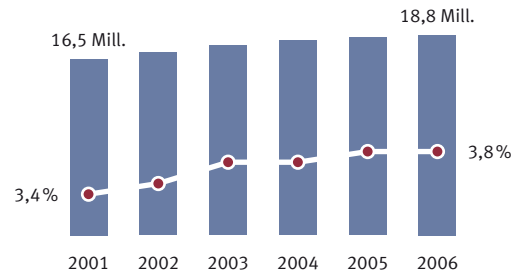
zwischen den Geschlechtern um mehr als zehn Prozentpunkte. Weitgehend ausgeglichen war die Situation hingegen in Bulgarien und Rumänien (Differenz < 1 Prozentpunkt). In Deutschland machte der Unterschied zwischen Frauen (74,4 %) und Männern (70,6 %) knapp vier Prozentpunkte aus (Abb 1.7).

Höhere Bildung

Mehr junge Menschen in tertiären Bildungseinrichtungen

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen, Fachakademien sowie die zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. Der Bildungsstand in der EU hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Ein immer größerer Anteil junger Menschen entschließt sich,

Abb 1.8 Schüler/-innen und Studierende im Tertiärbereich
Insgesamt und als Anteil an der Gesamtbevölkerung der EU-27



nach dem Abschluss des Sekundarbereichs II an einem tertiären Bildungsgang teilzunehmen. In der EU-27 betrug die Zahl der Schülerinnen, Schüler und Studierenden in diesem Bereich 2006 rund 18,8 Millionen. Das waren 2,3 Millionen mehr als noch 2001 (Abb 1.8).

Vor allem junge Frauen streben immer häufiger nach einem hochqualifizierten Bildungsabschluss. Seit Jahren sind sie auch im Tertiärbereich in der



Überzahl – und ihr Anteil steigt weiter. Lag er in der EU-27 im Jahr 2001 schon bei 53,9 %, waren es fünf Jahre später bereits 55,1 %. Den höchsten Frauenanteil mit über 60 % hatten die tertiären Bildungseinrichtungen der baltischen Staaten Lettland und Estland. Am anderen Ende der Skala lag Deutschland mit 49,7 %. Damit war Deutschland das einzige EU-Land, in dem weniger Frauen als Männer an einer Einrichtung des Tertiärbereichs lernten. Aber auch hierzulande stiegen die Frauenanteile in den letzten Jahren (Abb 1.9).

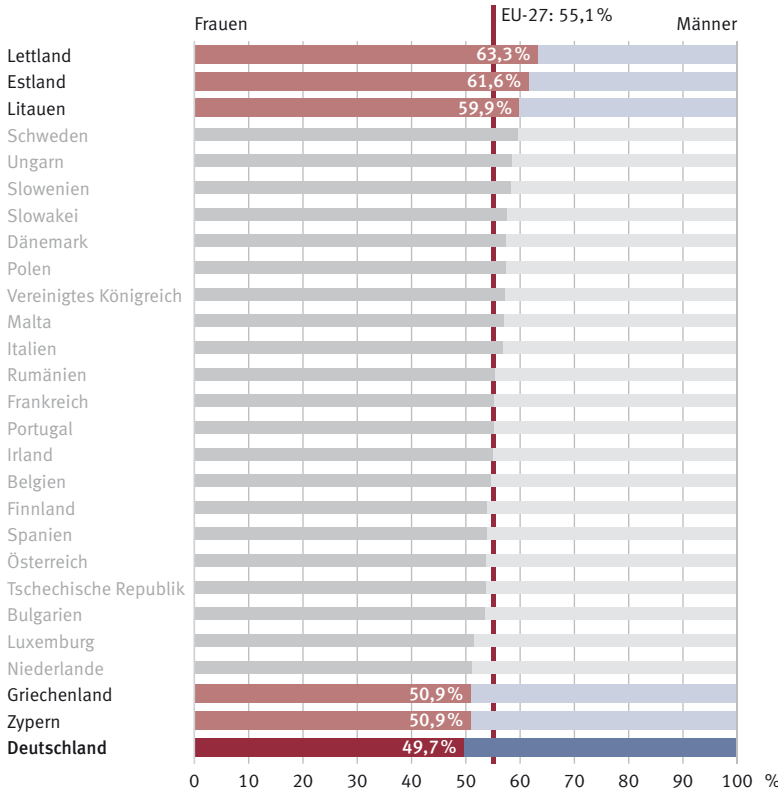
Physiker trifft Pädagogin: Immer noch klassische Rollenverteilung bei der Fächerwahl

Je nach Fachrichtung unterscheidet sich der Anteil der Geschlechter stark. Die Fächerwahl von Frauen und Männern folgt immer noch weithin traditionel-

len Bahnen. Frauen dominieren in den Geisteswissenschaften, Männer in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. So waren 2006 in der EU-27 weibliche Studierende in den Bereichen „Erziehungswissenschaften“ (Frauenanteil 75,3 %), „Gesundheit und Soziales“ (74,2 %), „Geisteswissenschaften und Kunst“ (66,1 %) sowie „Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ (58,2 %) deutlich zahlreicher vertreten als ihre männlichen Kommilitonen. Unterrepräsentiert blieben sie hingegen in den Fachrichtungen „Biowissenschaften, Physik, Mathematik und Informatik“ (37,2 %) sowie „Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen“ (24,4 %). Ausgewogen war das Verhältnis in den Bereichen „Dienstleistungen“ (z. B. „Tourismus, Ernährungswissenschaften, Verkehrswesen“, Frauenanteil 50,2 %) und „Agrarwissenschaften

und Veterinärmedizin“ (Frauenanteil 49,7 %) (Abb 1.10).

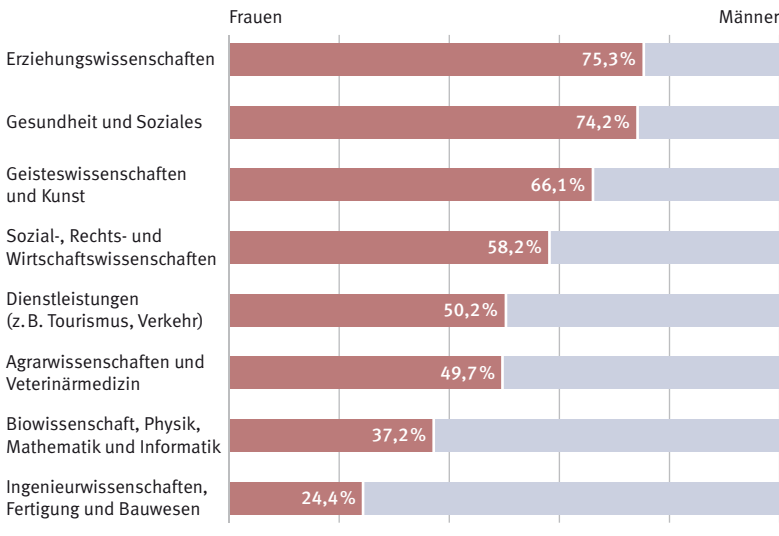
Abb 1.9 Geschlechterverteilung im Tertiärbereich
EU-27, 2006



Frauen im tertiären Bildungsbereich erfolgreicher als Männer

2006 schlossen in der EU-27 (ohne Luxemburg) 3,8 Mill. Schülerinnen, Schüler und Studierende erfolgreich eine Ausbildung im Tertiärbereich ab (mit Erst- oder Zweitabschluss oder mit einer Promotion). Die Absolventenzahl lag damit um 810 000 bzw. 27 % höher als noch 2001. Im gleichen Zeitraum stieg der Frauenanteil unter den Absolventen von 57,6 % auf 59,1 %. Die höchsten Quoten hatten auch hier die baltischen Staaten Lettland und Est-

Abb 1.10 Geschlechterverteilung in ausgewählten Studienfachrichtungen
EU-27, 2006



Förderungswürdig:

Mathematik, Naturwissenschaften und Technik

In den einzelnen EU-Ländern betrug der Anteil der Bildungsgänge Mathematik, Naturwissenschaften und Technik an allen Absolventen 2006 zwischen 11,1 % in Malta und 32,2 % in Österreich. In Deutschland wurde ein Viertel aller Abschlüsse (25,1 %) in einer dieser Fachrichtungen absolviert, was für Deutschland im EU-

land, wo ihr Anteil bei 70 % lag. Damit erwarben mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer erfolgreich einen Abschluss. Am anderen Ende der

EU-Skala stand Österreich mit einem Absolvierendenanteil von 51,7 %. In der Mehrheit der Mitgliedstaaten (auch in Deutschland mit 56,6 %) bewegte sich der Anteil zwischen 55 % und 65 %. In allen EU-Ländern (mit Ausnahme Österreichs) lag der Frauenanteil bei den Absolventen höher als unter den Studierenden

Ländervergleich einen Platz im oberen Drittel bedeutete.

Der Rat der Europäischen Union möchte möglichst viele junge Menschen für einen tertiären Bildungsgang im Bereich Mathematik, Naturwissenschaften und Technik begeistern, denn durch den fortschreitenden Einsatz neuer Technologien wächst der Bedarf an fachlich qualifiziertem Personal. Vor allem junge Frauen sollen für ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium gewonnen werden.

Die vorläufige Bilanz dieses Vorhabens fällt jedoch gemischt aus: Zwar stieg die Zahl der Absolvierenden und Absolventen der Fachrichtungen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik in der EU-27 von 2001 bis 2006 um mehr als 152 000. Jedoch nahm ihr Anteil ab – von 24,3 % auf 22,4 %.

Tab 1.2 Absolventinnen und Absolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik*
EU-27, in % aller Absolventinnen und Absolventen

	2006	2001	Veränderung in Prozentpunkten
Österreich	32,2	27,5	+4,7
Finnland	29,4	29,5	-0,1
Spanien	26,6	26,8	-0,2
Irland	25,9	31,9	-6,0
Frankreich	25,8	29,9	-4,1
Schweden	25,8	32,1	-6,3
Deutschland	25,1	25,9	-0,8
Tschechische Republik	23,7	23,2	+0,5
Slowakei	23,6	25,6	-2,0
Italien	22,7	22,3	+0,4
Portugal	22,6	17,1	+5,5
Vereinigtes Königreich	22,0	27,3	-5,3
Litauen	21,8	25,6	-3,8
Bulgarien	20,9	19,2	+1,7
Rumänien	20,8	24,7	-3,9
Estland	19,3	18,6	+0,7
Dänemark	18,1	22,2	-4,1
Belgien	17,8	18,9	-1,1
Polen	16,9	14,3	+2,6
Slowenien	16,2	20,3	-4,1
Niederlande	15,1	15,5	-0,4
Zypern	13,9	13,1	+0,8
Ungarn	12,2	10,1	+2,1
Lettland	11,4	12,2	-0,8
Malta	11,1	8,4	+2,7
EU-27	22,4	24,3	-1,9

* Ohne Griechenland und Luxemburg.

Viele Länder konnten den Absolventenanteil in den genannten Fachrichtungen nicht steigern: Einen deutlichen Rückgang gegenüber 2001 gab es u. a. in Schweden (-6,3 Prozentpunkte) und Irland (-6,0 Prozentpunkte). Auch Deutschland verzeichnete ein leichtes Minus von 0,8 Prozentpunkten. Nur einigen EU-Ländern gelang es, den Anteil der Absolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik von 2001 bis 2006 deutlich zu steigern. Am erfolgreichsten waren dabei Portugal (+5,5 Prozentpunkte) und Österreich (+4,7 Prozentpunkte) (Tab 1.2).

Frauen machten deutlich seltener einen Abschluss in diesen Bildungsgängen als Männer: Von allen weiblichen Absolventen im Tertiärbereich schlossen in der EU-27 nur 12,0 % in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften oder Technik ab, bei den männlichen Absolventen waren es 37,6 %. Auch hier variierte der Anteil stark zwischen den europäischen Ländern. Österreich hatte mit 15,2 % den höchsten Frauenanteil, gefolgt von Bulgarien mit 14,4 %. Auf dem dritten und vierten Platz folgten Italien und Schweden mit Anteilen von 14,1 % bzw. 14,0 %. Am niedrigsten lag der Anteil der weiblichen Absolventen in den Niederlanden und

Im Blickpunkt Deutschland: Studieren im Ausland immer beliebter

Fremdsprachen erlernen, fremde Kulturen erleben, neue Kontakte knüpfen: Ein Auslandsaufenthalt ist für viele Studentinnen und Studenten eine willkommene Möglichkeit, internationale Erfahrungen zu sammeln. Gefördert werden soll die grenzüberschreitende Mobilität durch die Anerkennung und Umsetzung des international kompatiblen Bachelor- und Master-Modells.

2006 waren rund 83 000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, beinahe doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren (44 200). Zu den beliebtesten Zielländern zählten 2006 die europäischen Nachbarn, allen voran die Niederlande mit 16,8 %, das Vereinigte Königreich mit 14,6 % und Österreich mit 14,4 % der im Ausland studierenden Deutschen. Auf den weiteren Plätzen folgten die Schweiz (10,7 %), die Vereinigten Staaten (10,4 %) und Frankreich (8,4 %). Umgekehrt werden auch die deutschen Hochschulen für ausländische Studierende immer attraktiver: Im Wintersemester 2006/2007 waren gut 188 000 von ihnen hierzulande immatrikuliert, 88 000 mehr als 1996.

Quelle: Destatis

Malta (jeweils 5,0 %) sowie Ungarn und Lettland (jeweils 5,2 %).

1.3 Einstieg in die Arbeitswelt

Der Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt verläuft für viele Jugendliche nicht reibungslos. Der langfristig vorgezeichnete und sichere Weg von der Schule über Lehre oder Studium hin zur Anstellung mit lebenslanger Betriebszugehörigkeit ist nicht mehr die Regel. Die Konkurrenz um die oftmals zu geringe Zahl von Stellen sowie befristete Verträge oder andere Formen so genannter „atypischer“ Beschäftigung verlangen von vielen Berufseinsteigern ein erhebliches Maß an Flexibilität und Ausdauer.

Jugenderwerbstätigkeit

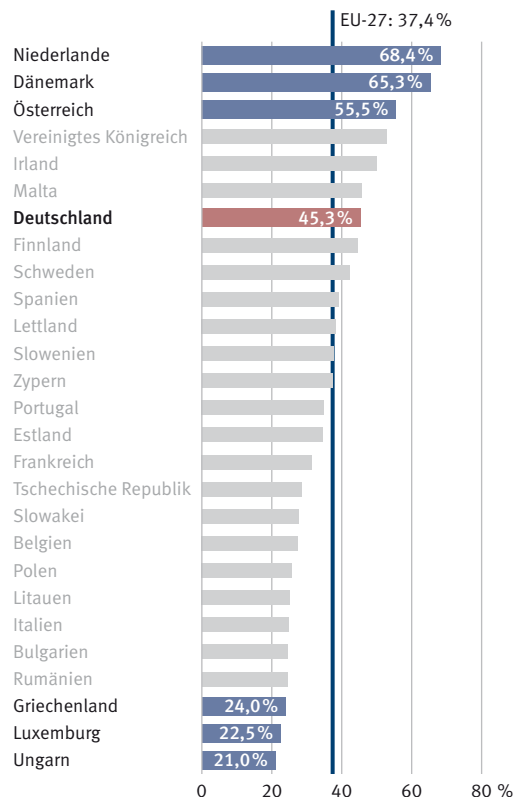
Mehr als ein Drittel der Jugendlichen in der EU ist erwerbstätig

Nach eigener Auskunft waren 2007 rund 37 % der 15- bis 24-jährigen in der EU-27 erwerbstätig, die Gesamterwerbstätigenquote der 15- bis 64-jähri-

Die Daten im folgenden Abschnitt entstammen dem **Labour Force Survey (LFS)**, zu deutsch: Arbeitskräfteerhebung. Der LFS ist eine international regelmäßig durchgeführte Stichprobenbefragung von Privathaushalten zur aktuellen Erwerbsbeteiligung und Lebenssituation. In Deutschland ist der LFS in den Mikrozensus integriert. Da die vollständige Erfassung kleinerer Nebenjobs u. a. von Personen, die sich noch in der Schul- oder Hochschulausbildung befinden, in Haushaltsbefragungen problematisch ist, kann die Erwerbstätigkeit von jungen Menschen zumindest in Deutschland insgesamt etwas höher liegen, als im folgenden Abschnitt dargestellt.

gen lag im gleichen Jahr bei 65 %. Die vergleichsweise geringe Jugenderwerbstätigkeit ergibt sich, weil viele junge Leute zwischen 15 und 24 Jahren noch in der Ausbildung sind und daher keine Arbeit suchen. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten Jugenderwerbstätigenquoten waren die Niederlande (68 %) und Dänemark (65 %). Auch die Jugendlichen in Deutschland waren bereits relativ stark auf dem Arbeitsmarkt vertreten. Mit einer Quote von 45 % lag Deutschland im oberen EU-Drittel. Die niedrigsten Erwerbstätigenquoten meldeten Griechenland (24 %), Luxemburg (23 %) und Ungarn (21 %) (Abb 1.11).

Abb 1.11 Erwerbstätigenquoten 15- bis 24-jähriger EU-27, 2007



Arbeitsverträge

Berufseinstieg auf Zeit: Vor allem junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben befristete Verträge

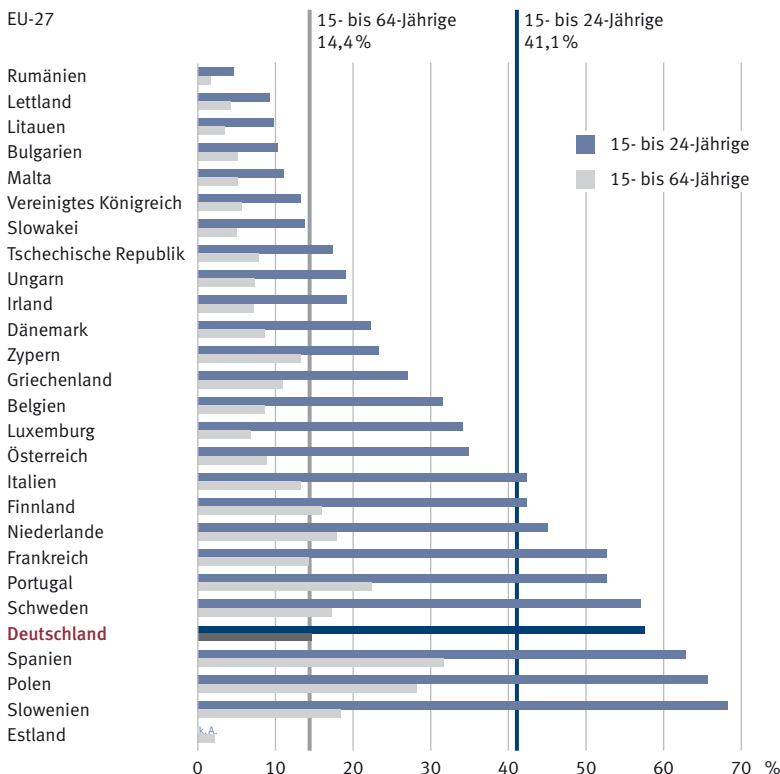
In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen des Berufslebens verändert. Befristete Verträge und Teilzeittätigkeiten haben stark an Bedeutung gewonnen. Vor allem Berufsanfängerinnen und -anfänger bekommen die veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt zu spüren. So hatten 2007 in der EU mehr als 40 % der 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Damit lag die Quote fast drei Mal höher als die Gesamtquote der 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen (14,4 %).

Die Mehrheit der jungen Leute sah die begrenzte Vertragsdauer nicht als Nachteil an, aber immerhin rund 37 % der Betroffenen gaben an, befristet beschäftigt zu sein, weil kein unbefristeter Arbeitsplatz zu finden war. Der Rest befand sich hingegen noch in Ausbildung (40 %), wünschte keinen permanenten Arbeitsplatz (14 %) oder durchlief gerade eine Probezeit (8 %).

Besonders stark verbreitet waren befristete Arbeitsverhältnisse in Slowenien, Polen und Spanien, wo mehr als 60 % der Verträge nur für einen begrenzten Zeitraum abgeschlossen wurden. Auch in Deutschland unterschrieb mehr als die Hälfte der jungen Erwerbstätigen (57,5 %) nur einen befristeten Vertrag, wobei hierzulande auch die Verträge Jugendlicher in der dualen Berufsausbildung dazugezählt werden

(Abb 1.12 & Abb 1.13).

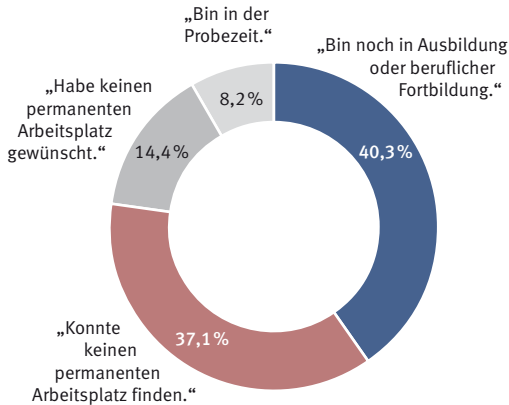
Abb 1.12 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen
EU-27, 2007, Anteil an allen Arbeitnehmern der jeweiligen Altersgruppe



Neben der Ausbildung jobben – Alltag vieler Jugendlicher

Rund ein Viertel der 15- bis 24-jährigen Erwerbstätigen in der EU waren 2007 als Teilzeitkräfte beschäftigt. Dabei war für rund 61 % der Betroffenen diese Arbeitsform eine Möglichkeit, neben dem Schul- oder Hochschulbesuch Geld zu verdienen. Rund ein Viertel (24 %) arbeitete Teilzeit, weil keine Beschäftigung in Vollzeit gefunden wurde. Andere Ursachen wie „Krankheit“ oder „familiäre Gründe“ spielten nur eine untergeordnete Rolle. Dabei hatte Teilzeitarbeit in den einzelnen

Abb 1.13 Gründe für befristete Beschäftigung in der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen EU-27, 2007

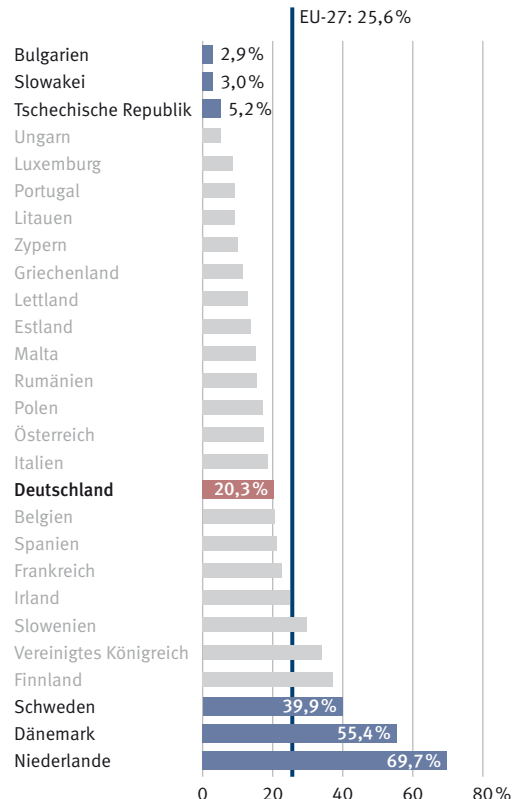


EU-Ländern einen unterschiedlichen Stellenwert: Weit verbreitet war sie in den Niederlanden, wo mehr als zwei Drittel (rund 70 %) der Jugendlichen verkürzt arbeitete. Kaum Anwendung fand sie hingegen in Bulgarien, das mit einem Anteil von 2,9% am anderen Ende der Skala stand. In Deutschland war jede/-r fünfte (20,3 %) Jugendliche teilzeitbeschäftigt (Abb 1.14).

Jungunternehmer sind in der EU rar gesät

Der eigene Chef sein? Unternehmerische Freiheit genießen und Verantwortung übernehmen? Oder einfach mangelnde Perspektiven auf eine gute Anstellung? Im EU-Durchschnitt gaben von 100 Erwerbstätigen zwischen 15 und 24 Jahren vier an, Arbeitgeber oder selbstständig ohne Beschäftigte zu sein. Die Quote unter allen Erwerbstätigen (15 bis 64 Jahre) lag bei 14,4 %. In Deutschland war der Gründergeist unter jungen Leuten allerdings mit am wenigsten ausgeprägt: Hierzulande waren 2007 1,6 % aller Beschäftigten in der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen Arbeitgeber oder Selbstständige ohne Beschäftigte, in Dänemark sogar nur 1,0 %. Damit gehörten beide Länder zu den Schlusslichtern in der Union. Die meisten Jungunternehmer gab es in Italien (11,4 %) und Rumänien (11,3 %).

Abb 1.14 Anteil 15- bis 24-jähriger Erwerbstätiger, die Teilzeit arbeiten EU-27, 2007

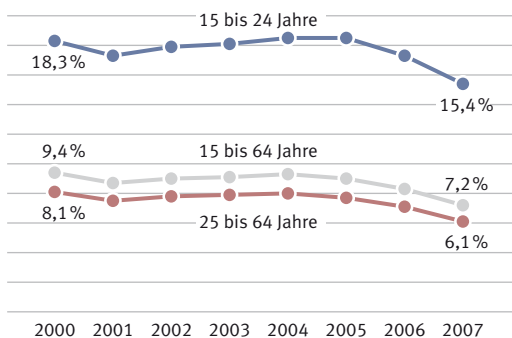


Jugendarbeitslosigkeit

Junge Erwerbslose: wenn die Perspektive fehlt

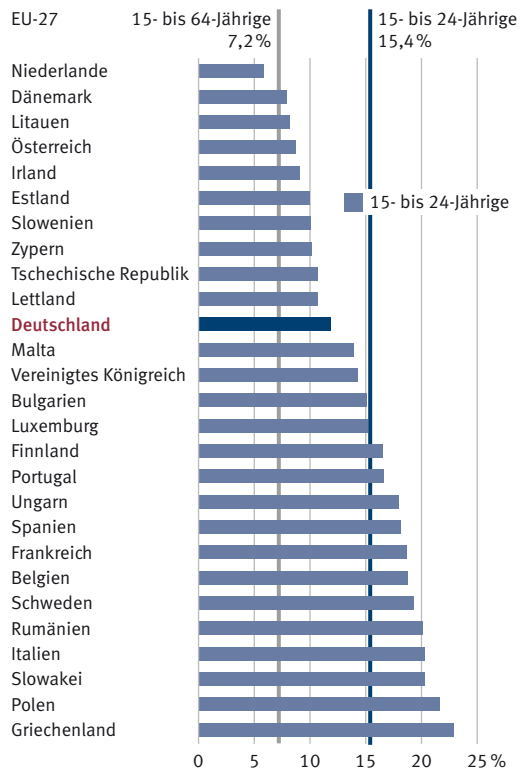
Auf dem Arbeitsmarkt herrscht gegenwärtig vielerorts harte Konkurrenz. In zahlreichen Branchen können Arbeitgeber aus einem Überangebot an jungen Bewerberinnen und Bewerbern wählen. Hinzu kommen technischer Fortschritt und damit immer komplexere und anspruchsvollere Berufsbilder. Nicht alle jugendlichen Berufsanfänger werden diesen Herausforderungen hinreichend gerecht. In der EU erweist sich die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt deshalb häufig als problematisch. In den letzten Jahren hat sich die Situation auf dem Stellenmarkt zwar ein wenig entspannt, dennoch lag 2007 die Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in der EU-27 bei 15,4%. Damit war sie mehr als doppelt so hoch wie die Quote aller Arbeitnehmer zwischen 15 und 64 Jahren, die bei 7,2% lag.

Abb 1.15 Entwicklung der Erwerbslosigkeit in der EU-27



Am schwierigsten war die Situation für Berufseinsteiger in Griechenland, Polen, der Slowakei, Italien und Rumänien. Dort war 2007 mehr als jede fünfte Erwerbsperson unter 25 Jahren erwerbslos. Am leichtesten auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten junge Leute in den Niederlanden (5,9%), Dänemark (7,9%), Litauen (8,2%), Österreich (8,7%) und Irland (9,1%). Dort bewegte sich die Erwerbslosenquote im einstelligen Bereich. Deutschland kam auf 11,9% (Abb 1.15 & Abb 1.16).

Abb 1.16 Erwerbslosigkeit in der EU-27 2007



1.4 Lebenswelten



„Die Jugend von heute“ stand bei den Älteren schon immer in dem Ruf, alles anders zu machen, die Traditionen nicht zu respektieren und Normen zu brechen, kurz gesagt „schlimmer“ zu sein als alle Generationen vorher. Auch heute werden Jugendliche oft skeptisch beäugt, dabei unterscheiden sie sich in vielen Dingen gar nicht von ihren Eltern: Sie suchen ihren Weg ins Erwachsensein, machen Erfahrungen mit der ersten Liebe, kommen mit Alkohol und Zigaretten in Berührung und manchmal auch mit der Polizei. Sie sind Mitglieder in einem Sportverein, werden irgendwann flügge und wollen auf eigenen Beinen stehen.

Auszug aus dem Elternhaus

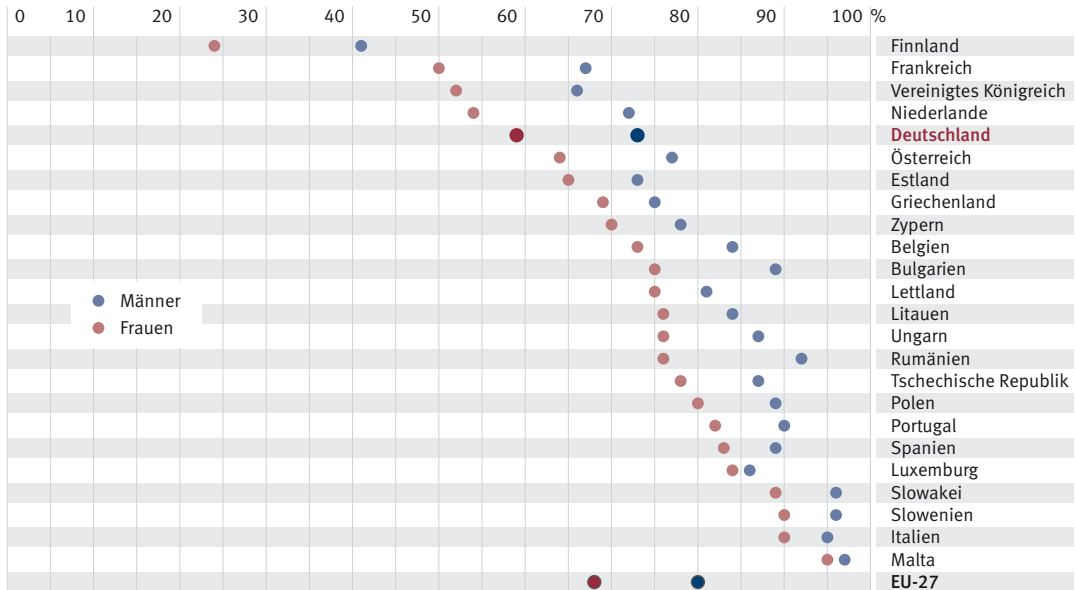
Endlich ausziehen oder doch lieber „Hotel Mama“?

Die eigenen vier Wände sind der große Traum vieler Jugendlicher. Doch eine eigene Wohnung bringt nicht nur viele Freiheiten, sondern auch jede Menge Kosten und Arbeit mit sich. Dem steht das sogenannte „Hotel Mama“ gegenüber, also der Verbleib im Elternhaus. Denn auch ein gefüllter Kühlschrank, frische Wäsche und ein geputztes Bad bieten ihre Vorteile. Kommen knappe Finanzen oder ein soziales Umfeld hinzu, das den Verbleib bei den Eltern unterstützt, kann sich der Auszug weiter verzögern.

Nix wie weg? Junge Frauen verlassen das Elternhaus früher als Männer

Das Alter, in dem junge Menschen das Elternhaus verlassen, variiert deutlich innerhalb der EU. In allen Ländern entschließen sich jedoch junge Frauen eher zum Auszug als ihre männlichen Altersgenossen. So lebten 2007 von den 18- bis 24-jährigen Frauen noch gut zwei Drittel (68 %) bei ihren Eltern, bei den Männern waren es hingegen noch vier Fünftel (80 %). Besonders früh auf

Abb 1.17 Anteil 18- bis 24-Jähriger, die noch bei den Eltern lebten
EU-27*, 2007



* Ohne Dänemark, Irland und Schweden.

eigenen Füßen standen Jugendliche in Finnland. Dort lebten von den jungen Frauen nur noch 24 % bei den Eltern, von den jungen Männern waren es 41 %. Die Mehrheit hatte sich in diesem Alter also schon eine eigene Wohnung gesucht. Auch Deutschlands Jugend zieht im EU-Vergleich relativ früh zu Hause aus. Von den 18- bis 24-Jährigen teilten noch 59 % der Frauen und 73 % der Männer den Haushalt mit den Eltern. In Italien, Slowenien und Malta war das Alleinwohnen in diesem Alter deutlich seltener. Dort lebten 90 % und mehr der Jugendlichen noch im Elternhaus (Abb. 1.17).

Das Medianalter, in dem Frauen und Männer das Elternhaus verlassen, variierte innerhalb der EU ebenfalls stark. Es lag bei den Frauen zwischen 20 Jahren in Finnland und 28 Jahren in Malta und der Slowakei. In Deutschland lag es bei 21 Jahren. Junge Männer streckten ihre Beine deutlich länger

unter den Tisch der Eltern: Die Spanne reichte hier von 21 Jahren in Finnland, über 23 Jahre in Deutschland bis zu 31 Jahren in Bulgarien, Griechenland und der Slowakei (Tab 1.3).

Das **mediane Auszugsalter** teilt die weibliche und männliche Bevölkerung je in zwei gleich große Gruppen: Die eine Hälfte, die das Elternhaus vor dem Medianalter verlässt und die andere, die erst nach dem Medianalter oder gar nicht bei den Eltern auszieht. Ein besonderer Vorteil der Verwendung des Medians liegt darin, dass er nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Ausreißerwerte beeinflusst wird, wie bei der Bildung des arithmetischen Mittels – also des umgangssprachlichen „Durchschnitts“ – der Fall.

Tab 1.3 Medianes Auszugsalter aus dem Elternhaus
EU-27*, 2007

	Frauen	Männer
Belgien	24	25
Bulgarien	25	31
Deutschland	21	23
Estland	22	24
Finnland	20	21
Frankreich	21	23
Griechenland	27	31
Italien	27	30
Lettland	26	28
Litauen	25	29
Luxemburg	26	26
Malta	28	30
Niederlande	21	23
Österreich	22	25
Polen	26	28
Portugal	27	29
Rumänien	24	29
Slowakei	28	31
Slowenien	27	30
Spanien	27	29
Tschechische Republik	25	27
Ungarn	25	28
Vereinigtes Königreich	21	23
Zypern	25	28

* Ohne Dänemark, Irland und Schweden.

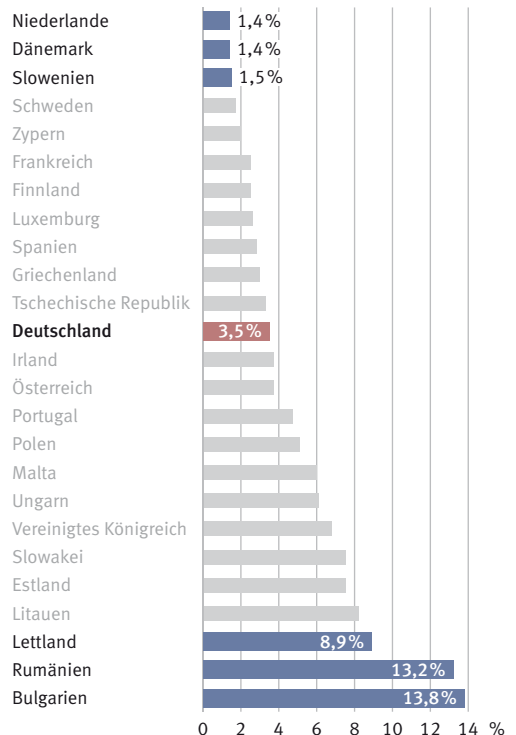


Erste Liebe und die Folgen

Aufgepasst! Zahl der Teenager-Mütter geht zurück

Jedes Jahr werden in der EU hunderttausende Mädchen und junge Frauen unter 20 Jahren schwanger. Die Entscheidung, ein Kind in so jungen Jahren auszutragen, ist nicht einfach. Die jungen Schwangeren leben meist noch mit den Eltern zusammen oder sind finanziell von ihnen abhängig. Sie haben – wie die meisten Jugendlichen in dieser Altersphase – in der Regel (noch) keine konstante oder tragfähige Partnerschaft und sind häufig selbst noch in der Ausbildung. Trotzdem gibt es junge Frauen, die sich für ein Kind entscheiden. In Deutschland hatten 2006 immerhin 3,5 % aller Neugeborenen eine Mutter unter 20 Jahren. Das waren mehr als 23 700 Kinder. 788

Abb 1.18 Geburten unter 20-Jähriger
EU-27*, 2006, Anteil an allen Geburten des Jahres



* Ohne Belgien und Italien.

Kinder darunter hatten eine Mutter, die bei der Geburt erst 15 Jahre oder noch jünger war.

Im EU-Vergleich wiesen vor allem einige mittel- und osteuropäische Beitrittsstaaten einen hohen Anteil junger Mütter auf. Ganz vorn lagen Bulgarien und Rumänien. 2006 wurden dort 13,8% bzw. 13,2% aller lebend geborenen Babys von einer Mutter unter 20 Jahren zur Welt gebracht. Die wenigsten jungen Mütter gab es in Dänemark und den Niederlanden (jeweils 1,4% aller Geburten). Tatsächlich werden Teenager-Mütter immer seltener: In allen dargestellten EU-Ländern, außer Rumänien, ging ihr Anteil im Vergleich zu 2001 zurück (Abb 1.18).

Weniger Schwangerschaftsabbrüche

Ein Teil der jungen Frauen, die sich mit einer Schwangerschaft konfrontiert sehen, entscheidet sich für einen Schwangerschaftsabbruch. Die gesetzlichen Regelungen sind dabei in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich. Äußerst streng sind sie unter anderem in den katholisch geprägten Ländern Polen und Irland.

In Deutschland gilt die so genannte „Beratungsregelung“. Danach ist generell ein Abbruch innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft erlaubt, wenn sich die Schwangere einer offiziellen Konfliktberatung unterzogen hat. Erlaubt ist Abtreibung zudem bei einer so genannten „medizinischen“ oder „kriminologischen Indikation“, das heißt, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist oder die Schwangerschaft als Folge eines sexuellen Übergriffes entstand.

Insgesamt wurden in Deutschland 2007 knapp 117 000 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Rund 14 500 (12%) davon wurden bei jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren durchgeführt. Damit kamen auf 1 000 Frauen dieser Altersgruppe 6,2 Schwangerschaftsabbrüche. Ein EU-weiter Vergleich der Abbruchrate ist nur eingeschränkt möglich, da nicht alle Länder Abtreibungen

Tab 1.4 Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren EU-27 *

	Jahr	Abbruchrate je 1 000 Frauen
Polen	2006	0,0
Griechenland	2003	1,8
Slowakei	2006	5,9
Deutschland	2007	6,2
Litauen	2006	6,7
Belgien	2003	7,1
Tschechische Republik	2006	7,1
Slowenien	2006	7,2
Italien	2004	7,8
Spanien	2004	10,1
Finnland	2006	13,8
Bulgarien	2006	14,0
Lettland	2006	14,8
Frankreich	2004	15,1
Dänemark	2006	16,5
Ungarn	2006	17,3
Rumänien	2006	20,1
Vereinigtes Königreich	2002	21,5
Schweden	2006	25,0
Estland	2006	25,1

* Ohne Irland, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal und Zypern.

gleichermaßen und gleichzeitig erfassen. Von den Ländern, die über eine Statistik verfügen, wiesen 2006 Estland und Schweden die höchsten Raten von 25,1 bzw. 25,0 Abbrüchen je 1 000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren auf (Tab 1.4).



Kultur und Sport

„Null Bock“ war gestern

Die Jugendlichen von heute sind keineswegs eine „Null-Bock“-Generation: In der EU-weiten Umfrage „Eurobarometer“ wurden 2007 mehr als 26 000 Personen ab 15 Jahren gefragt, welche kulturellen Aktivitäten sie in den vergangenen 12 Monaten unternommen hätten. Von allen Altersgruppen zeigten die 15- bis 24-Jährigen die größte Unternehmungslust.

Der **Eurobarometer** ist eine EU-weite, regelmäßig durchgeführte und repräsentative Erhebung, die von der Europäischen Kommission initiiert wurde und auf Umfragen in der Bevölkerung basiert.

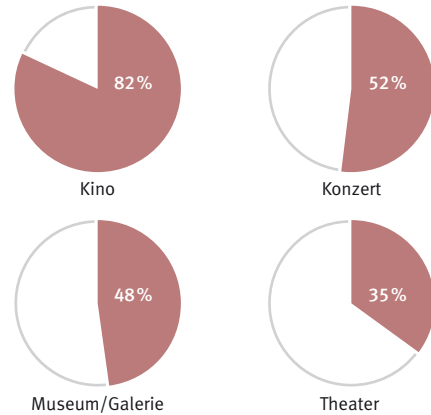
Mit Popcorn und Cola:

Kino bei Jugendlichen sehr beliebt

82 % der jungen Leute zwischen 15 und 24 Jahren erwiesen sich als Kinogänger – weit mehr als in jeder anderen Altersgruppe. Schon von den 25- bis 39-jährigen reihten sich nur noch 66 % in die Schlangen vor den Kinokassen ein. Ab dem 40. Lebensjahr war nur noch rund jede/-r Zweite (53 %) interessiert, ab dem 55. Lebensjahr nahm nur noch ein Viertel (24 %) der Bevölkerung zumindest ein Mal im Jahr vor einer Kinoleinwand Platz. Ähnlich sah es bei Musikveranstaltungen aus. Immerhin jede/-r zweite (52 %) Jugendliche gab an, in den vergangenen 12 Monaten in einem Konzert gewesen zu sein. 48 % hatten Museen oder Galerien besucht. Für etwas mehr als ein Drittel (35 %) stand mindestens eine Theatervorstellung pro Jahr auf dem Programm. Damit zeigte sich die Jugend in den genannten Bereichen durchweg ausgefreudiger als alle anderen Altersgruppen (Abb 1.19).



Abb 1.19 Besuch von Kultureinrichtungen durch 15- bis 24-Jährige *
EU-27, 2007



* Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren, die in den 12 Monaten vor der Befragung mindestens ein Mal eine der Einrichtungen besucht haben.

Quelle: Eurobarometer

Doch Jugendliche sind nicht nur passive Kulturgenießer: Viele von ihnen werden in ihrer Freizeit auch kreativ tätig. Sie beschäftigen sich z. B. mit Fotografie oder Film, schreiben, tanzen, singen, spielen selbst ein Instrument oder gehen der Schauspiellerei nach. Nur etwas mehr als ein Viertel (26 %) der 15- bis 24-Jährigen gab im EU-Durchschnitt an, keine kreativen Hobbys zu haben.

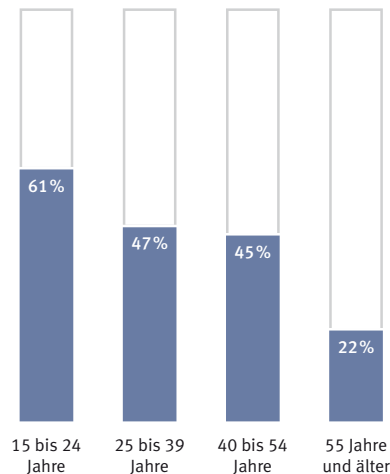
Jugendliche sind lesefreudiger als die Eltern und Großeltern

Anders als im Klischee behauptet, lesen Jugendliche in der EU deutlich mehr als die älteren Generationen. Während von den 15- bis 24-Jährigen 82 % angaben, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung (mindestens) ein Buch gelesen zu haben, konnten das nur 74 % der 40- bis 54-Jährigen und lediglich 63 % der über 55-Jährigen von sich behaupten.

Sport: Jugend in Bewegung

Er gibt Selbstvertrauen und ein gutes Körpergefühl, er lehrt Verantwortungsbewusstsein und den Umgang mit Niederlagen: Sport ist für viele Jugendliche eine wichtige Lebensschule und Freizeitbeschäftigung. EU-weit gaben 61 % der 15- bis 24-jährigen 2007 an, Sport zu treiben. Die älteren Befragten ließen sich da bei weitem nicht so leicht vom Sofa locken. In den höheren Altersgruppen hatte nicht einmal jede/-r Zweite im Jahr vor der Befragung Sport getrieben. Von den über 55-Jährigen hielt sich sogar nur noch rund jede/-r Fünfte (22 %) mit Sport in Bewegung (Abb 1.20).

Abb 1.20 Sportlich Aktive nach Altersgruppen*
EU-27, 2007



* Anteil, der in den letzten 12 Monaten Sport getrieben hat.

Quelle: Eurobarometer

Im Blickpunkt Deutschland: Jugendkriminalität

Das Thema „Jugendkriminalität“ hat in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert erfahren, angeregt durch zahlreiche Medienberichte über jugendliche Straftäter. Dabei stehen Jugendliche unter Verdacht, neuerdings besonders gewalttätig und skrupellos zu sein. Unberücksichtigt bleibt jedoch meist, dass delinquentes, also abweichendes Verhalten junger Menschen kein „neues“ Phänomen darstellt, auch wenn es momentan stärker in den Mittelpunkt der Berichterstattung rückt. Seit jeher haben Jugendliche Normen und Gesetze überschritten und mit der Einführung von Kriminalstatistiken lassen sich die Verstöße nachweisen und ihre Entwicklung messen.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Jugendliche,

die kriminell werden, im späteren Leben meist straffrei bleiben. Nur selten entwickeln sich daraus so genannte „kriminelle Karrieren“ mit weiteren schweren Straftaten. Als Jugendkriminalität werden in Deutschland dabei im Allgemeinen strafrechtlich relevante Verstöße junger Menschen im Alter von 14 Jahren bis unter 21 Jahren bezeichnet. Die herrschende Definition richtet sich nach dem Altersrahmen des Jugendstrafrechts, das auf Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren angewendet wird sowie, je nach persönlichem Reifegrad, auch auf Heranwachsende zwischen 18 bis unter 21 Jahren.

Das Jugendstrafrecht berücksichtigt die besondere Lebensphase, in der sich Jugendliche befinden, bei der Höhe des Strafmaßes und der Art der Bestrafung.



Die Sanktionen reichen von Erziehungsmaßnahmen über Arbeitsauflagen und kurzfristigen Jugendarrest bis zur Einweisung in den Strafvollzug. Die letztgenannte Sanktion ist aber nur als „Ultima Ratio“ vorgesehen.

Mehr Jugendstraftaten werden registriert

Im Berichtsjahr 2006 wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) in Deutschland insgesamt rund 520 000 junge Menschen ab 14 bis unter 21 Jahren als Tatverdächtige registriert, davon 421 000 im früheren Bundesgebiet. 1990 waren es im früheren Bundesgebiet 291 000 Tatverdächtige. Damit hat sich ihre Zahl seit Anfang der 90er Jahre erheblich und zunächst kontinuierlich erhöht. Seit 2004 sind die Zahlen auf hohem Niveau wieder leicht rückläufig. 2006 wurden im früheren Bundesgebiet trotzdem bei den Jugendlichen und Heranwachsenden 45 % mehr Tatverdächtige registriert als 1990. Insgesamt, also unter allen Altersgruppen, lag der Anstieg lediglich bei 30 %.

Eine entsprechende Zunahme bei der registrierten Kriminalität junger Menschen zeigen auch die Zahlen der Strafverfolgungsstatistik über Verurteilte, also über den Teil der Tatverdächtigen, der von der Staatsanwaltschaft auch angeklagt und vom Strafgericht schuldig gesprochen wurde. Besonders augenfällig ist nach PKS und Strafverfolgungsstatistik der Anstieg registrierter Körperverletzungsdelikte. Die Verurteiltenzahlen wegen dieser Delikte haben sich zwischen 1990 und 2006 bei jungen Menschen unter 21 Jahren im früheren Bundesgebiet mehr als verdreifacht, bei Erwachsenen verdoppelt. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Opfer- und Täterstudien sowie Zahlen der Unfallversicherer legen allerdings nahe, dass es sich bei der Zunahme registrierter Gewaltdelinquenz zum Teil um eine Verschiebung von den nicht registrierten zu den polizeilich bekannt gewordenen Straftaten handelt. Der Anstieg der registrierten Gewaltdelinquenz

ist demnach auch auf ein geändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen.

Jugendliche begehen vorwiegend Diebstahl und Körperverletzung

Die registrierte Kriminalität junger Menschen unterscheidet sich in ihrer Struktur erheblich von der Erwachsenenkriminalität. Junge Menschen werden hauptsächlich wegen Diebstahls- und wegen Körperverletzungsdelikten auffällig. Die mit hohem finanziellem Schaden verbundene schwere Vermögenskriminalität sowie die schweren Formen der Gewaltdelinquenz werden dagegen in der Regel von Erwachsenen begangen.



Jugendkriminalität ist ein vorwiegend männliches Phänomen: Drei Viertel (76 %) der Tatverdächtigen unter 21 Jahren waren 2006 laut PKS junge Männer. Wegen der durchschnittlich geringeren Straftatenschwere und der günstigeren Sozialprognose bei Frauen nimmt der Männeranteil im Strafverfolgungsablauf noch zu. Unter den Strafgefangenen lag laut Strafvollzugsstatistik 2006 der Männeranteil sogar bei 95 %.

Quelle: BKA, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Die e-Generation – Jugend surft

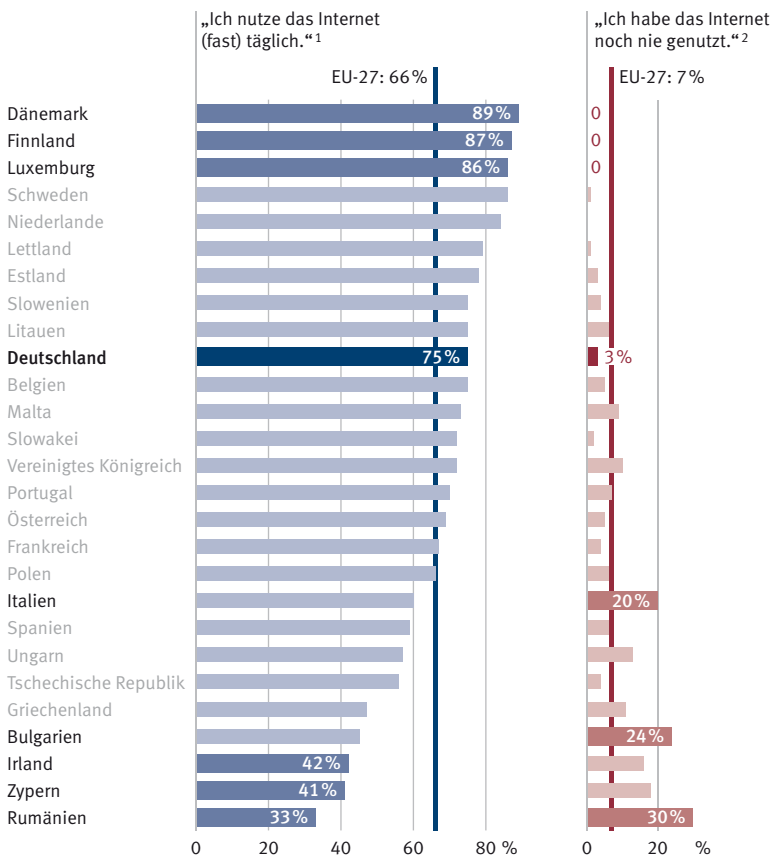
Die digitale Technik hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Das Handy, einst Statussymbol für vielbeschäftigte Manager, ist mittlerweile Alltags- und Gebrauchsgegenstand für Jedermann. Heimcomputer sind zu vielseitigen Multimedia-PCs geworden und das Internet eröffnet dank Flatrate und DSL immer neue Nutzungsmöglichkeiten. Jugendliche zeigen sich der neuen Technik gegenüber besonders aufgeschlossen und haben sie längst in ihren Alltag integriert. So lag der Anteil der 16- bis 24-jährigen, die in der EU

„jeden Tag oder fast jeden Tag“ ins Internet gingen, im ersten Quartal 2008 bei 66 %. In Dänemark, Finnland, Schweden und Luxemburg surfen sogar bereits mehr als 85 % der Jugendlichen praktisch täglich im Netz. Deutschland lag mit einem Anteil von 75 % ebenfalls im oberen Drittel. Ganz anders sah es hingegen noch in Rumänien aus. Dort waren von den Jugendlichen nur 33 % jeden Tag online.

Der Anteil der Jugendlichen ohne Internet-Erfahrung sinkt beständig und lag im ersten Quartal 2008 im EU-Durchschnitt bei nur noch 7 %. In

Dänemark, Finnland, Luxemburg und den Niederlanden gab es statistisch keine Jugendlichen mehr, die noch nie das Internet genutzt hatten. In Deutschland waren es 3 % der 16- bis 24-Jährigen (2006). In Rumänien hingegen war noch rund jede/-r Dritte (30 %) ohne Internet-Erfahrung (Abb 1.21).

Abb 1.21 Internetgebrauch 16- bis 24-jähriger
EU-27, 2008



1 Belgien, Irland, Ungarn: 2007.

2 Deutschland, Vereinigtes Königreich: 2006; Polen, Frankreich, Estland, Belgien, Irland, Ungarn: 2007.

„Post für Dich“: Internet und Handy wichtigste Kommunikationsmedien

Wenn die beste Freundin für ein Jahr als Au-Pair in den Vereinigten Staaten arbeitet, der Freund ein Semester in Spanien studiert und der WG-Mitbewohner eine mehrmonatige Reise durch Thailand macht, wird eines klar: Die Jugend von heute ist mobil wie kaum eine Generation vor ihr. Um den Kontakt zu Freunden und Verwandten auch über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg zu pflegen, leistet das Internet gute Dienste. Ob E-Mail, Chatten oder Telefonieren via Internet: Die digitale Technik ist schnell, kostengünstig und ortsunabhängig. Keine andere Altersgruppe kommuniziert deshalb so intensiv über das Netz wie die 16- bis 24-Jährigen.

So gaben in der EU 78 % der Jugendlichen an, im ersten Quartal 2008 über E-Mail kommuniziert zu haben. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil bei 52 %. Spitzenreiter waren auch hier die Jugendlichen aus Luxemburg, den Niederlanden, Finnland, Dänemark und Schweden. Dort nutzten bereits mehr als 90 % den elektronischen Postweg. Die Jugend in Deutschland kam auf eine Quote von 88 %. In Rumänien setzte bislang nur rund jede/-r Zweite (51 %) der Altersgruppe auf diese Form der schriftlichen Kommunikation.

Auch zum Telefonieren wird das World Wide Web mittlerweile genutzt. Mehr als jede/-r vierte EU-Jugendliche (29 %) führte im ersten Quartal 2007 bereits Gespräche bzw. Videokonferenzen über das Internet. In Litauen (59 %), Frankreich (58 %), Estland (54 %) und den Niederlanden (51 %) war das sogar schon für mehr als die Hälfte der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren Realität. Deutschland lag mit einem Anteil von 27 % zwei Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt.

Das „Chatten“ (englisch, to chat = „plaudern, unterhalten“) bezeichnet die direkte elektronische Kommunikation über das Internet. Bei Jugendli-

chen erfreuen sich so genannte „Chatrooms“, „Newsgroups“ und Online-Foren großer Beliebtheit. EU-weit gaben im ersten Quartal 2007 61 % der 16- bis 24-Jährigen an, auf diese Weise im Netz zu kommunizieren. In anderen Altersgruppen lagen die Beteiligungszahlen deutlich darunter: In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen waren es noch 37 % (Tab 1.5).

Tab 1.5 Anteil 16- bis 24-Jähriger, die folgende Dienste nutzen:
EU-27, 2007, in %

	E-Mails ¹	Internet-Telefonie	Interaktive Angebote ³
Luxemburg	96	42	73
Niederlande	96	51	59
Finnland	94	33	63
Dänemark	91	40	73
Schweden	91	16	44
Deutschland	88	27	73
Lettland	87	44	76
Belgien	85 ²	18	50
Slowakei	85	27	57
Vereinigtes Königreich	85	19	55
Estland	84	54	84
Frankreich	84	58	66
Österreich	84	29	54
Slowenien	84	23	60
Tschechische Republik	84	38	45
Malta	82	16	58
Portugal	81	24	69
Spanien	80	16	70
Litauen	79	59	64
Ungarn	79 ²	23	61
Polen	74	31	65
Irland	60 ²	13	27
Griechenland	58	12	37
Bulgarien	55	32	48
Zypern	55	20	19
Italien	54	25	59
Rumänien	51	10	33
EU-27	78	29	61

¹ 2008

² 2007

³ Beteiligung an Chatrooms, Newsgroups, Onlineforen o. Ä.

Besonders aktiv waren die Jugendlichen aus Estland, von denen sich 84 % an Chatrooms und ähnlichen Austauschforen beteiligten. In Deutschland lag der Anteil bei 73 %.

Das Internet dient den Jugendlichen jedoch nicht nur zur Kommunikation. Sie nutzen das Netz auch zur Informationssuche und Unterhaltung. So übernimmt der Internet-PC für junge Leute zunehmend die Funktionen klassischer Medien: Ein Drittel (32 %) der befragten EU-Jugendlichen gab 2007 an, im ersten Quartal des Jahres Web-Fernsehen und Web-Radio eingeschaltet zu haben. Etwas mehr als jeder Zweite (54 %) nutzte das Internet zum Herunterladen und Abspielen von Musik und Computerspielen. Auch hier gab es noch Unterschiede innerhalb der EU, doch in allen Ländern waren die Jugendlichen bei der Nutzerbeteiligung allen anderen Altersgruppen weit voraus.

Immer zur Hand: Mobiltelefone unübertroffen
Jugendliche wollen überall erreichbar sein. Das Handy hat in den letzten Jahren deshalb rasante Verbreitung gefunden und ist zu einem wichtigen Alltagsgegenstand geworden. Im EU-Durchschnitt benutzten 2007 bereits 96 % der 16- bis 24-jährigen ein Mobiltelefon. In Finnland gab es statistisch gesehen sogar gar keine Jugendlichen mehr, die nicht mit dem Handy telefonierten. In Deutschland betrug die Nutzerquote 97 %. Selbst in Rumänien, dem EU-Land mit dem geringsten Verbreitungsgrad, griffen bereits 83 % der Jugendlichen zum Handy.

Jugend und Drogen

Jugend im Rausch?

Drogen üben auf Jugendliche eine besondere Anziehungskraft aus. Mit Rauschgiften wie Heroin oder Kokain macht allerdings nur ein relativ kleiner Teil der Jugendlichen direkte Erfahrungen. Ganz anders sieht es mit Alkohol und Zigaretten aus, die legal erhältlich sind.

Jugendliche wissen um die Gefährlichkeit harter Drogen

Jugendliche sind sich der Gefahren illegaler und legaler Drogen durchaus bewusst. Das zeigt eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2008, an der mehr als 12 000 junge Leute zwischen 15 und 24 Jahren teilnahmen. Eine deutliche Mehrheit brachte harte Drogen mit einem hohen Gesund-

Im Blickpunkt Deutschland: Alkoholkonsum unter Jugendlichen

Exzessiver Alkoholgenuss bis zum Vollrausch, unter Jugendlichen auch „Komasaufen“ genannt, hat in Deutschland in den vergangenen Jahren bei den Heranwachsenden deutlich zugenommen. 2006 wurden insgesamt 19 500 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 10 und 20 Jahren aufgrund akuten Alkoholmissbrauchs stationär im Krankenhaus behandelt. Das waren 0,4 % mehr als im Vorjahr, aber mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2000 (+105 %). Besonders anfällig für einen Vollrausch zeigten sich junge Männer zwischen 15 und 20 Jahren. Sie stellten 2006 mit 54 % den Großteil der stationär eingelieferten Patienten dar.

Quelle: Destatis



heitsrisiko in Verbindung (Heroin 94 %, Kokain 85 %, Ecstasy 80 %). Deutlich sorgloser war die Einstellung gegenüber Alkohol und Tabak: Die meisten jungen Leute verbanden deren Konsum nur mit einem mittleren Gesundheitsrisiko (59 % bzw. 52 %).

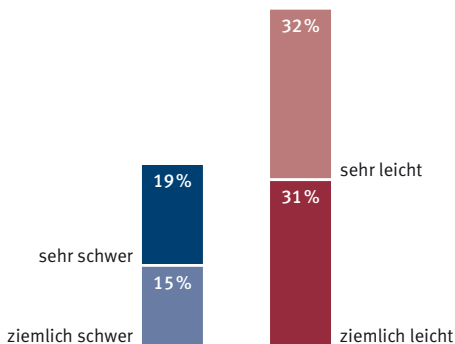
87 % der jungen EU-Bürger waren so auch der Meinung, dass Alkohol weiterhin legal verkauft werden sollte. Nur 9 % favorisierten ein Verbot. Bei Tabak waren 79 % für den Beibehalt des legalen Verkaufs, fast jede/-r Fünfte (18 %) sprach sich hingegen für ein Tabakverbot aus.

Legalize Marihuana? Nur jede/-r Dritte würde Haschischverbot aufheben

Während Alkohol und Tabak legal erhältlich sind, ist der private Erwerb und Besitz von Cannabis in der Europäischen Union (mit Ausnahme der Niederlande) strafbar. Die Meinung über die Schädlichkeit der Droge war dabei geteilt: 40 % der befragten Jugendlichen gingen von großen Gesundheitsgefahren aus. 42 % attestierten Haschisch hingegen nur ein mittleres, 16 % nur ein geringes bzw. gar kein Risiko. Trotz des offiziellen Verbots war es für knapp zwei Drittel (63 %) der Befragten „sehr leicht“ bzw. „ziemlich leicht“, an das Rauschmittel zu gelangen. Nur rund ein Drittel

Abb 1.22 „Wie schwierig wäre für Dich die Beschaffung von Haschisch?“

EU-27, 2008, Antworten der 15- bis 24-Jährigen



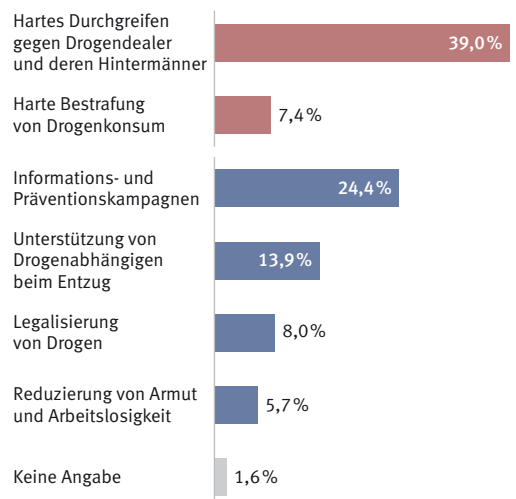
Quelle: Eurobarometer

(34 %) bezeichnete die Beschaffung als „ziemlich schwer“ bzw. „sehr schwer“ (Abb 1.22). Mit der aktuellen Gesetzeslage zeigten sich dabei nicht alle Jugendlichen zufrieden: Jede/-r Dritte (31 %) sprach sich für die Legalisierung von Haschisch aus. Die Gegenseite hatte jedoch mehr Anhänger: Zwei Drittel (67 %) waren der Ansicht, dass die Droge verboten bleiben sollte.

Befragt nach ihrer Meinung, wie der Staat das Drogenproblem bekämpfen solle, zeigten sich viele Jugendliche als Hardliner: 39 % sahen das harte Durchgreifen gegen Drogendealer und deren Hintermänner als effektivste Maßnahme an. Ein Viertel (24 %) hielt Informations- und Präventionskampagnen für den besten Weg. Der Rest der Befragten schlug die Unterstützung von Drogenabhängigen beim Entzug, die Drogenlegalisierung, harte Strafen für den Drogenkonsum bzw. die Reduzierung von Armut und Arbeitslosigkeit als beste Lösung des Problems vor (Abb 1.23).

Abb 1.23 „Wie sollte der Staat am besten das Drogenproblem lösen?“

EU-27, 2008, Antworten der 15- bis 24-Jährigen



Quelle: Eurobarometer

2 Familie in Europa

2.1 Familiengründung und -entwicklung

Ist „die Familie“ noch zu retten?

Junge Menschen in Europa lassen sich mit eigenem Nachwuchs immer mehr Zeit. Gründe dafür sind u. a. längere Ausbildungszeiten, die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, sowie verbesserte Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung. Auch persönliche Selbstverwirklichung spielt für viele Paare eine zunehmend wichtige Rolle. Häufig wird auch erst dann über Familiengründung nachgedacht, wenn die angestrebte berufliche Position erreicht ist, um dem Kind eine gesicherte Zukunft zu bieten. Angesichts dieser vielen Einflüsse drängt sich die Frage auf, welchen Stellenwert das Lebensmodell „Familie“ für junge Leute heute noch hat.

Geburtenzahlen

Betrachtet man die deutsche Geburtenstatistik, ließ sich 2007 die Trendwende für mehr Nach-

wuchs erhoffen: Erstmals seit 10 Jahren wurde wieder ein leichtes Geburtenplus gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Es kamen rund 685 000 Kinder lebend zur Welt, 12 000 mehr als 2006. Von einem neuen „Babyboom“ lässt sich dennoch nicht sprechen, denn nach vorläufigen Ergebnissen lag die Geburtenzahl 2008 etwa gleich hoch.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau, die auch als **zusammengefasste Geburtenziffer** bezeichnet wird, wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr entspräche. Solange die Geburtenziffer unter dem Wert 2,1 je Frau bleibt, wird jede folgende Müttergeneration kleiner als die vorherige.



Ein Blick in die Vergangenheit macht die Dimension des Geburtenrückgangs hierzulande schnell deutlich: Vor vierzig Jahren, 1967, wurden in Deutschland 1,3 Millionen Kinder geboren, fast doppelt so viele wie im Jahr 2007. Der Rückgang der Geburtenzahlen ist dabei kein auf Deutschland begrenztes Phänomen. Fast alle EU-Länder verzeichneten im gleichen Zeitraum eine Abnahme der Neugeborenenzahlen. Am drastischsten war der Rückgang in Rumänien (–59 %) und Portugal (–49 %). Ein nennenswertes Geburtenplus gab es 2007 im Vergleich zu 1967 lediglich in Irland (+15 %) und Luxemburg (+10 %). Insgesamt ging die Zahl der jährlichen Geburten auf dem Territori-

um der EU-27 von 1967 bis 2007 um fast 31 % zurück. Bedingt unter anderem durch die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und Zuwanderung stieg die EU-Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum jedoch um mehr als 68 Millionen Menschen an (Abb 2.1).

Anhaltend niedrige Geburtenzahlen

Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduzieren kann, ist in hochentwickelten Ländern mit geringer Kindersterblichkeit eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Diesen Wert erreichte 2006 kein EU-Staat mehr. In Frankreich, dem Land mit der höchsten Geburtenziffer, bekam eine Frau 1,98 Kinder. Die geringsten Geburtenziffern wiesen einige der neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten auf. Schlusslichter waren die Slowakei mit 1,24 und Polen mit 1,27 Kindern je Frau. Auch Deutschland ist ein Land mit niedriger Geburtenrate. Hier betrug die durchschnittliche Kinderzahl 1,33.

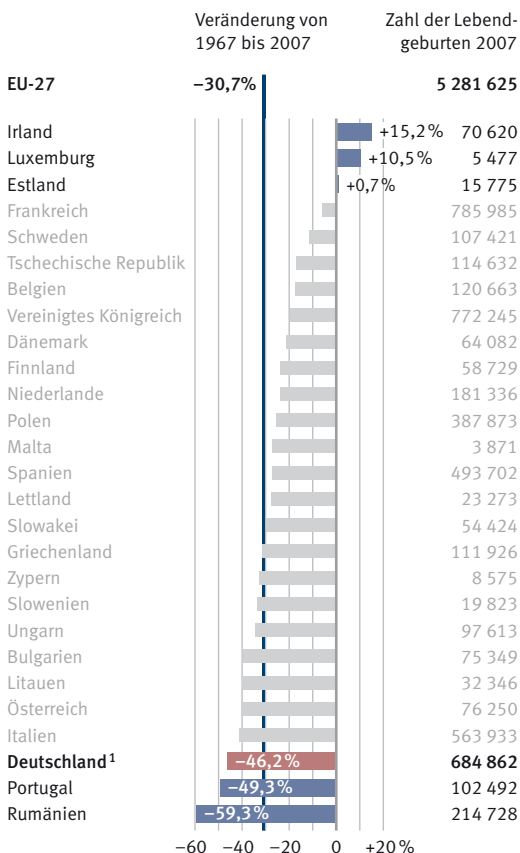
Mehrere EU-Länder wiesen niedrigere Zahlen

auf, doch Deutschland (speziell das frühere Bundesgebiet) ist das einzige Land weltweit, in dem

das niedrige Geburtenniveau bereits seit mehr als 30 Jahren besteht. Die Folge davon sind zunehmend schwächer besetzte Jahrgänge und damit auch immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter. In den osteuropäischen Staaten erfolgte der rapide Geburtenrückgang hingegen erst Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. Demnach sind dort die jetzigen Jahrgänge im potenziellen Elternalter im Vergleich zu Deutschland also noch relativ stark besetzt (Abb 2.2 & Abb 2.3).

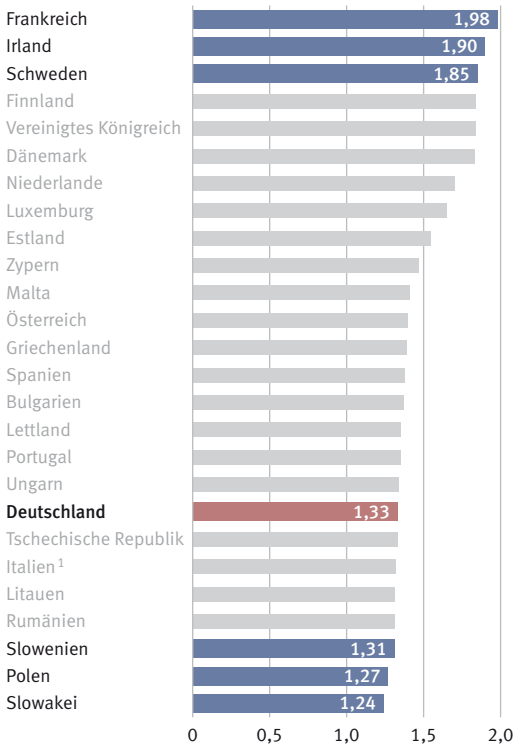


Abb 2.1 Entwicklung der Geburtenzahlen in der EU



1 Deutschland 1967: BRD und DDR.

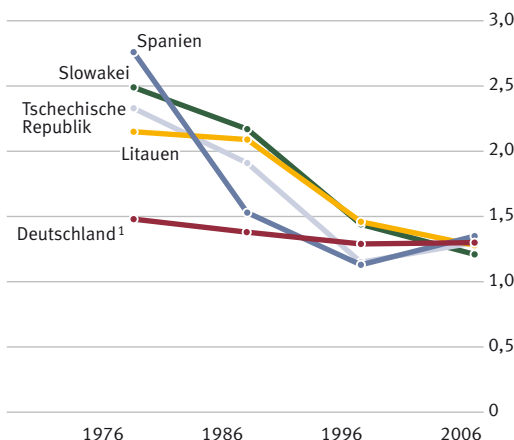
Abb 2.2 Durchschnittliche Kinderzahl je Frau
EU-27*, 2006



* Ohne Belgien.

¹ 2005

Abb 2.3 Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau
Ausgewählte Länder der EU



¹ Bis 1990 nur früheres Bundesgebiet.

Im Blickpunkt Deutschland: Weniger Adoptionen

Die Gründung oder Erweiterung einer Familie kann auch durch Adoption erfolgen. Im Vergleich zur Elternschaft, die durch die Geburt eines Kindes begründet wird, sind Adoptionen zahlenmäßig jedoch nur von geringer Bedeutung. 2007 wurden in Deutschland insgesamt 4 509 Kinder und Jugendliche adoptiert. Das waren 239 bzw. 5 % weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre fort. Gegenüber 1993 hat sich die Zahl der Adoptionen fast halbiert (−48%).

Die meisten Adoptionen wurden innerhalb der eigenen Familie vollzogen: Rund 55 % der im Jahr 2007 adoptierten Minderjährigen wurden von einem Stiefelternteil oder von Verwandten angenommen. Von den 2007 adoptierten Kindern und Jugendlichen waren 45 % unter sechs Jahre alt, 30 % zwischen sechs und elf Jahren und 25 % zwölf Jahre oder älter. Rund ein Drittel der Adoptierten besaß nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Allerdings werden deutschen Vermittlungsstellen nicht alle Adoptionen von Kindern aus dem Ausland bekannt und somit auch nicht in der Statistik nachgewiesen.

Der Wunsch, ein Kind zu adoptieren ist jedoch häufig mit langen Wartezeiten verbunden oder bleibt gänzlich unerfüllt. Dies liegt an der großen Zahl adoptionswilliger Paare: Rein rechnerisch kamen 2007 auf eines der 886 zur Adoption vorgemerkten Kinder unter 18 Jahren zehn mögliche Adoptiveltern.

Quelle: Destatis

Im Trend: späte Mütter

Frauen bekommen nicht nur deutlich weniger Kinder als noch vor einigen Jahrzehnten, sie entscheiden sich auch immer später im Leben zu diesem Schritt. 2006 hat sich gegenüber 2000 in allen EU-Ländern, außer Bulgarien, das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt erhöht. Dennoch besteht weiterhin ein West-Ost-Gefälle. So waren 2006 in sechs EU-Ländern die Frauen bei der Geburt im Durchschnitt bereits zwischen 30 und 31 Jahre alt. Dazu zählten Spanien, Irland und die Niederlande sowie die skandinavischen Länder Schweden, Dänemark und Finnland. Die EU-Länder mit dem niedrigsten Durchschnittsalter gehörten allesamt zur Gruppe der ehemals sozialisti-

schen Länder. Die im Durchschnitt jüngsten Mütter hatte Bulgarien. Dort lag das Durchschnittsalter bei der Geburt 2006 bei 25 Jahren. In Rumänien waren es 27 Jahre. Deutschland lag im europäischen Mittelfeld. Hierzulande war 2006 eine Frau bei der Geburt im Durchschnitt knapp 30 Jahre alt und damit fast ein Jahr älter als noch im Jahr 2000. Damit stieg in diesem Zeitraum auch der Anteil der Mütter, die bei der Geburt 34 Jahre und älter waren, von rund 21 % auf 27 % an. Der Anteil der Mütter zwischen 27 und 33 Jahren hingegen sank von 48 % auf unter 43 %, der der unter 27-Jährigen blieb fast unverändert (2000: 31 %, 2006: 30 %) (Abb 2.4).

Abb 2.4 Prozentuale Verteilung der Geburten in Deutschland nach vollendetem Lebensjahr der Mutter



Im Blickpunkt Deutschland: Elterngeld

Um den Verdienstaufschlag in der Zeit nach der Geburt eines Kindes abzufedern, erhalten Mütter und Väter in Deutschland seit dem 1. Januar 2007 Elterngeld, das das bisherige Erziehungsgeld ablöst. Mit dem Elterngeld soll dem zu Hause bleibenden Elternteil für maximal 14 Monate ein finanzieller Ausgleich für das wegfallende Erwerbseinkommen

geboten werden. Ein Elternteil kann dabei bis zu 12 Monate Geld erhalten. Zwei weitere Monate werden ausgezahlt, wenn zeitweilig auch

der andere Elternteil zu Hause bleibt. Vor allem Väter sollen somit angeregt werden, eine Zeit lang beruflich kürzer zu treten und dem eigenen Kind mehr Zeit zu widmen. Das Elterngeld beläuft sich auf 67 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens aus den zwölf Monaten vor der Geburt. Die Höhe beträgt mindestens 300 und maximal 1 800 Euro monatlich. Dazu kommt unter bestimmten Voraussetzungen ein Geschwisterbonus in Höhe von zehn Prozent des Elterngeldbetrages, mindestens aber 75 Euro. Bei Mehrlingsgeburten werden 300 Euro für das zweite und jedes weitere Kind ausgezahlt.

Fast jeder sechste Vater nimmt Auszeit für sein Kind

2007 wurden in Deutschland 685 000 Kinder geboren. Für diese Kinder wurden insgesamt 752 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Davon stammten 649 000 Anträge von Müttern (86 %) und 103 000 Anträge von Vätern (14 %). Beim Erziehungsgeld, das Ende 2006 auslief, lag der Anteil der Bewilligungen für Väter zuletzt nur bei

knapp über 3 %. Von den bundesweit rund 103 000 Elterngeldanträgen von Vätern wurden rund 2 500 für Mehrlingsgeburten mit insgesamt 5 200 Kindern bewilligt. Daraus ergibt sich, dass 2007 bei rund 106 000 Neugeborenen der Vater zu Hause blieb. Bezogen auf die 685 000 im Jahr 2007 geborenen Kinder entspricht dies einem Anteil von 15 %.



Unterschiede gab es nach wie vor in der Dauer der Auszeit. Rund 87 % der Mütter, die einen Antrag

stellten, wollten für zwölf Monate Elterngeld beziehen. Nur 1 % der Mütter blieb dagegen für zwei Monate in „Babyzeit“. Anders sah es bei den Vätern aus. Hier beantragten 13 % Elterngeld für 12 Monate, die Mehrheit (65 %) entschied sich hingegen für eine Bezugsdauer von zwei Monaten.

Knapp ein Drittel der Eltern bekommt nur Mindestbetrag

Von den rund 752 000 Müttern und Vätern, denen für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt wurde, erhielten 230 000 (31 %) den Mindestbetrag von 300 Euro. Der durchschnittlich gewährte Anspruch auf Elterngeld lag in diesem Zeitraum bei 643 Euro. Dabei offenbarte sich ein deutlicher Geschlechterunterschied: Väter erhielten im Schnitt 973 Euro im Monat, Mütter bezogen im Durchschnitt monatlich 590 Euro.

Quelle: Destatis

Steigende Tendenz:

Kind ja, Trauschein nein

Elternschaft ist nicht mehr so eng mit der Institution Ehe verbunden wie in früheren Generationen. In allen EU-Staaten hat der Anteil außerehelich geborener Kinder zugenommen. Allerdings verlief die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In einigen EU-Ländern, darunter z. B. Griechenland, ließ sich 2007 gegenüber 1967 nur eine geringe Zunahme (+ 4 Prozentpunkte) beobachten. In anderen Ländern hat sich der Anteil außerehelich geborener Kinder hingegen sehr deutlich erhöht. Beispiele dafür sind Schweden und Bulgarien (jeweils + 40 Prozentpunkte) und Deutschland (+ 25 Prozentpunkte). Der Anstieg setzte in diesen Ländern allerdings zu jeweils unterschiedlichen Zeitpunkten ein.

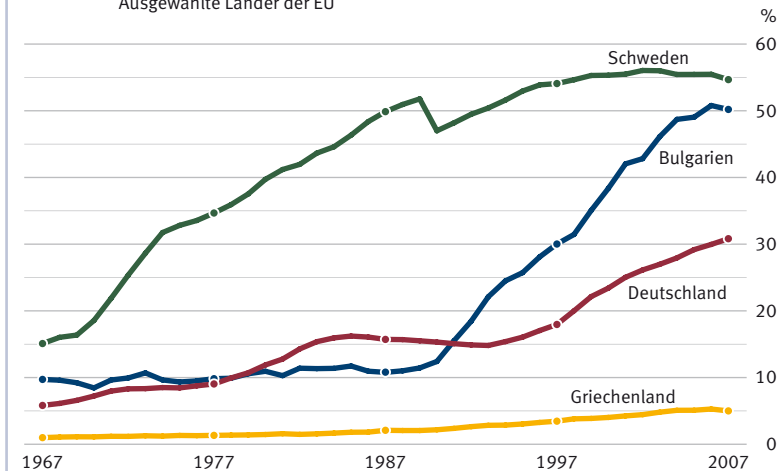
Den größten Anteil außerehelicher Geburten wies 2007 Estland auf. Dort hatten 58 % aller Kinder, die zur Welt kamen, Eltern, die nicht miteinander verheiratet waren. Damit nahm die baltische Republik vor Schweden (55 %) die Spitzenposition in der



EU-27 ein. Eine Ausnahme sind unehe-liche Kinder weiterhin in Griechen-land, wo 2007 nur 5 % der Neuge-borenen Eltern ohne Trauschein hatten. Deutschland wies im eu-ropäischen Vergleich einen rela-tiv geringen Anteil auf: 2007 ka-men hierzulande 31 % der Babys unehelich zur Welt.

Der Anteil unehelich geborener Kinder lag trotz des EU-weiten Anstiegs bis 2007 nur in wenigen Ländern über 50 %. Kinder zu haben, ohne verheiratet zu sein ist in der EU also zwar verbreitet, doch der überwiegende Teil der Kinder wird nach wie vor innerhalb einer Ehe geboren (Abb 2.5).

Abb 2.5 Anteil außerehelicher Geburten
Ausgewählte Länder der EU



Heirat und Scheidung

„Drum’ prüfe, wer sich ewig bindet“:

Heiratsalter steigt

Obwohl die Zahl der Eheschließungen in der EU-27 rückläufig ist, werden jährlich immer noch weit mehr als 2 Millionen Ehen geschlossen. Am häufigsten geheiratet wird dabei in Rumänien. 2007 kamen dort auf 1 000 Einwohner 8,8 Hochzeiten. Die niedrigsten Eheschließungsziffern wiesen Slowenien (3,2), Bulgarien (3,9) und Ungarn (4,1) auf. In Deutschland gaben sich 2007 mehr als 368 000 Paare das Jawort. Das waren 4,5 Eheschließungen

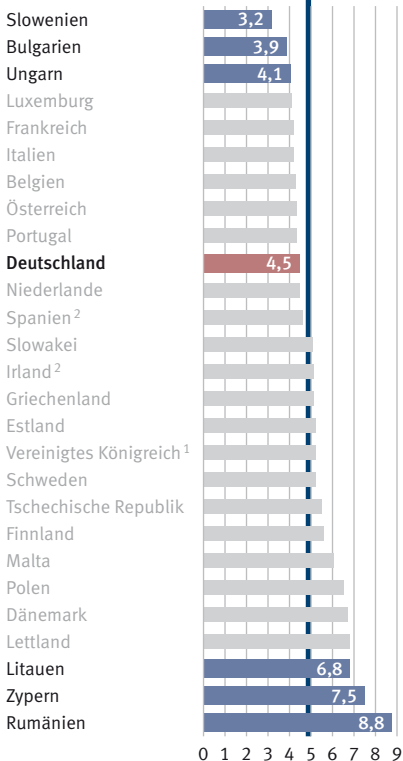
je 1 000 Einwohner und damit so wenig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik: 1967 wurden noch knapp 8 Eheschließungen je 1 000 Einwohner gezählt. Die Entscheidung, eine eheliche Bindung einzugehen, fällt dabei im Durchschnitt immer später im Leben.

2006 war mehr als jeder zweite Mann (53 %) bei der ersten Hochzeit mindestens 31 Jahre alt. 1996 waren es nur 35 %. Bei den Frauen verlief die Entwicklung parallel. Auch sie ließen sich mit dem Gang zum Traualtar mehr Zeit als noch 10 Jahre zuvor. Damals wie heute waren Frauen bei der ersten

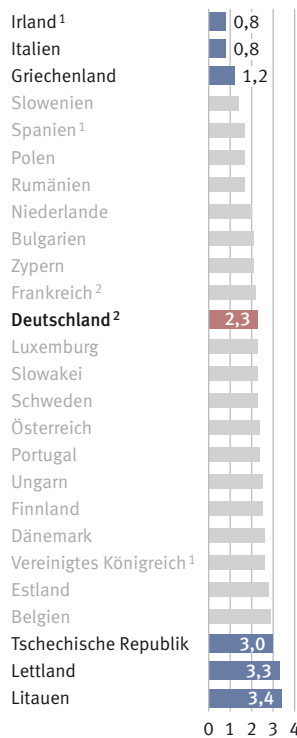
Eheschließung aber im Durchschnitt etwas jünger als Männer.

Abb 2.6 Eheschließungen und Ehescheidungen
EU-27, 2007, Anzahl je 1 000 Einwohner

Eheschließungen



Ehescheidungen*



* Ohne Malta.

1 2005

2 2006

2:1 für die Ehe!

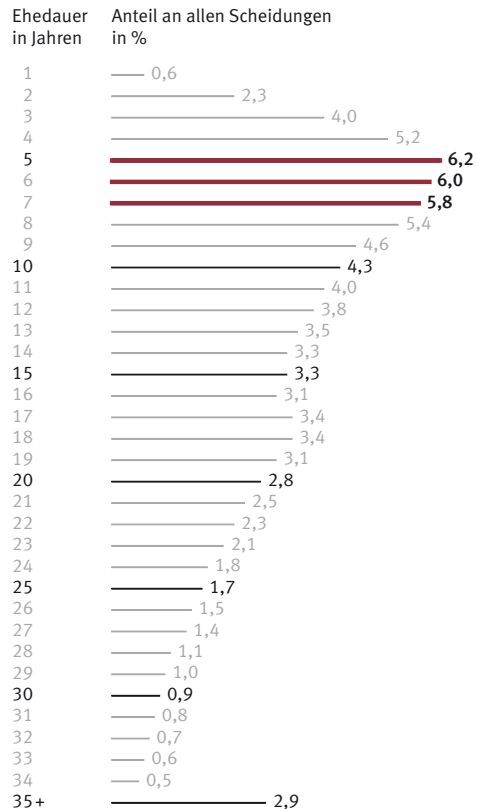
In der EU kommt auf zwei Ehen eine Scheidung

Nicht alle Ehen erweisen sich als Bund fürs Leben. Jedes Jahr werden in der EU-27 rund eine Million Ehen geschieden, 2005 waren das zwei Scheidungen je 1 000 Einwohner. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten Scheidungsziffern waren 2007 Litauen (3,4) sowie Lettland (3,3) und die Tschechische Republik (3,0). Die niedrigsten Ziffern verzeichneten Italien und Irland (je 0,8, Irland: 2005). Deutschland kam auf 2,3 Scheidungen je 1 000 Einwohner (2006). Dabei erwies sich nicht mehr das „verflixte siebte Jahr“ als größte Bewährungsprobe für die Ehe.

Die meisten Ehen (6%) wurden 2007 nach fünf Ehejahren geschieden. Insgesamt 12 % der geschiedenen Ehen hielten sogar nur vier Ehejahre oder weniger (Abb 2.6 & Abb 2.7).



Abb 2.7 Ehescheidungen nach Ehedauer
Deutschland, 2007



Im Blickpunkt Deutschland: In neun von zehn Scheidungsverfahren bleibt das Sorgerecht bei beiden Elternteilen

In Deutschland ist nach dem geänderten Kindeschaftsrecht von 1998 die Fortdauer der gemeinsamen elterlichen Sorge für Kinder auch nach einer Scheidung der gesetzliche Regelfall. Das alleinige Sorgerecht kann nur auf Antrag und nur dann einem Elternteil alleine zugesprochen werden, wenn dies nach Einschätzung des Familiengerichts dem Kindeswohl am besten entspricht.

Bei rund neun von zehn Scheidungen, von denen minderjährige Kinder 2007 betroffen wa-

ren, verblieb das Sorgerecht bei beiden Elternteilen gemeinsam, da weder Vater noch Mutter den erforderlichen Antrag auf alleinige Sorge gestellt hatten. Selbst in Scheidungsverfahren, in denen das Familiengericht auf Antrag über das Sorgerecht entscheiden musste, wurde in rund jedem vierten Fall (24%) die Sorge wieder bei beiden Elternteilen übertragen. Das vom Gesetzgeber angestrebte Prinzip der gemeinschaftlichen Sorge der Eltern für die gemeinsamen Kinder nach einer Scheidung ist damit weitgehend verwirklicht.

Quelle: Destatis

2.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Arbeit und Karriere auf der einen, Familienleben und Kinderbetreuung auf der anderen Seite: Beides miteinander zu verbinden, stellt für viele Eltern eine besondere Herausforderung dar. Dabei eine ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben zu erreichen, ist gleichzeitig eine der ausschlaggebenden Bedingungen für die Gleichstellung der Geschlechter. Der Europäische Rat regte deshalb im Jahr 2000 die EU-Mitgliedstaaten an, Strategien zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu entwickeln. Doch trotz politischer Gleichstellungsbemühungen vereinbaren vor allem Frauen Beruf und Familie immer noch in erster Linie durch eine verminderte Beteiligung am Erwerbsleben.

Erwerbstätigenquoten

Karriereknick vorprogrammiert: Mütter arbeiten deutlich weniger als Frauen ohne Kinder

Die Daten für die Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen zeigen, dass Frauen mit minderjährigen Kindern in fast allen Ländern der EU deutlich seltener einer Arbeit nachgehen als Frauen ohne minderjährige Kinder. Im EU-Durchschnitt waren rund 79 % der Frauen ohne Kinder und 68 % der Frauen mit Kindern erwerbstätig. In Deutschland war dieser Zusammenhang 2007 noch deutlicher ausgeprägt. So lag zwischen Rhein und Oder die Erwerbstätigenquote von Frauen ohne Kinder mit 83 % vergleichsweise hoch, der Anteil der arbeitenden Mütter war mit 69 % aller-

dings nur europäisches Mittelmaß. In einigen anderen Staaten waren Mütter in der Arbeitswelt noch weniger präsent. Am größten war das Gefälle in Malta: Der Inselstaat wies 2007 mit 63 % die niedrigste Erwerbstätigenquote für Frauen ohne Kinder in der EU auf, mit Kindern war sogar nur noch etwas mehr als jede dritte Frau (36 %) zwischen 25 und 49 Jahren berufstätig. Neben Portugal, wo Frauen mit und ohne minderjährige Kinder in etwa gleich häufig (77 %/76 %) beschäftigt waren, bildete Slowenien in der EU die Ausnahme: Hier arbeiteten 87 % der Mütter, aber nur 83 % der Frauen ohne minderjähriges Kind (Tab 2.1).

Tab 2.1 Erwerbstätigenquoten 25- bis 49-jähriger Frauen
EU 27*, 2007, in %

Erwerbstätigenquoten von Frauen			
	ohne Kinder unter 18 Jahren	mit Kindern unter 18 Jahren	Differenz in Prozentpunkten
Slowenien	82,8	86,8	+4,0
Litauen	83,1	80,6	-2,6
Finnland	84,1	77,0	-7,1
Portugal	76,3	76,6	+0,3
Lettland	83,1	76,5	-6,6
Niederlande	85,4	75,9	-9,5
Estland	86,7	74,8	-11,9
Zypern	82,1	74,7	-7,5
Bulgarien	80,5	73,5	-7,0
Frankreich	82,1	73,4	-8,8
Belgien	77,7	73,1	-4,5
Österreich	84,4	73,0	-11,4
Deutschland	82,9	69,3	-13,6
Rumänien	73,7	68,9	-4,9
Polen	77,4	68,6	-8,8
Vereinigtes Königreich	84,3	68,4	-15,9
Luxemburg	82,8	66,8	-16,0
Slowakei	81,6	64,2	-17,4
Tschechische Republik	88,3	64,1	-24,2
Spanien	75,6	62,2	-13,5
Ungarn	80,3	59,4	-21,0
Griechenland	67,6	58,9	-8,7
Italien	66,8	55,7	-11,1
Malta	63,3	35,7	-27,6
EU-27	78,7	67,5	-11,2

* Ohne Dänemark, Irland und Schweden.

Bei den Männern lässt sich ein gegenteiliger Effekt beobachten: Väter zwischen 25 und 49 Jahren mit minderjährigen Kindern wiesen in allen EU-Ländern höhere Erwerbstätigenquoten auf als ihre Altersgenossen ohne minderjährige Kinder. In Deutschland waren die Väter 2007 zu 91 % erwerbstätig, bei den Männern ohne minderjährige Kinder waren es nur 84 %. Damit lagen die Quoten hierzulande fast genau im EU-Durchschnitt (91 % bzw. 83 %).

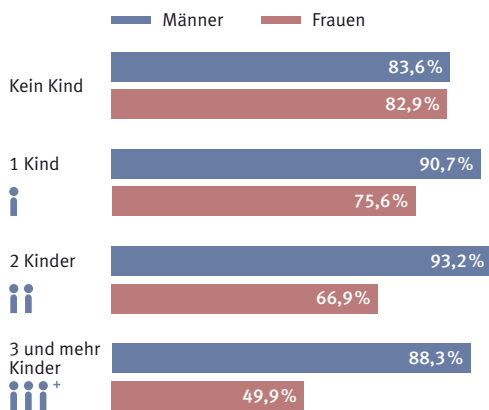
Jenseits der Emanzipation: Erwerbstätigkeit von Frauen wird durch Kinder stark beeinflusst

In welchem Umfang Mütter von minderjährigen Kindern ihre Erwerbstätigkeit aufgeben bzw. unterbrechen, hängt unter anderem davon ab, wie viele Kinder sie haben. In Deutschland gingen von den 25- bis 49-jährigen Frauen mit einem minderjährigen Kind 2007 etwas mehr als drei Viertel (76 %) einer Arbeit nach. Mit zwei Kindern betrug diese Quote 67 %. Bei Müttern von drei und mehr Kindern lag sie mit rund 50 % nochmals deutlich niedriger. Diese Art der Abstufung ließ sich in der Mehrheit der EU-Länder beobachten. In einigen Ländern war hingegen die Erwerbstätigenquote von Frauen mit zwei Kindern etwas höher als die von Frauen mit einem Kind. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte der erhöhte ökonomische Druck sein, der ein zweites Familieneinkommen notwendig macht. Allen EU-Ländern gemeinsam waren die niedrigen Beteiligungsquoten von Frauen mit drei und mehr Kindern (Abb 2.8).

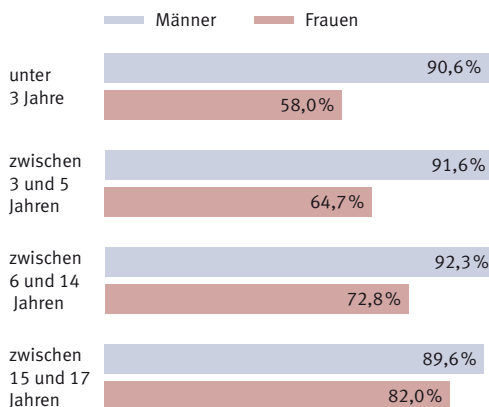
Das Alter der Kinder hat ebenfalls Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter: Je älter das Kind, desto geringer wird der Betreuungsbedarf und ein zunehmender Teil der Frauen kehrt in das Erwerbsleben zurück. So waren 2007 in Deutschland 58 % der Mütter mit jüngstem Kind im Krippenalter von unter drei Jahren berufstätig. Erreichte das jüngste Kind das Kleinkindalter von drei bis fünf Jahren gingen 65 % der Mütter arbeiten. Bei Frauen mit Kindern zwischen sechs und vierzehn Jahren lag

die Quote bei 73 %. Mit jüngstem Kind zwischen 15 und 17 Jahren waren 82 % der Frauen erwerbstätig. Im Gegensatz zu den Müttern war die Erwerbstätigenquote der Väter unabhängig vom Heranwachsen der Kinder. 2007 schwankte sie in Deutschland je nach Alter des jüngsten Kindes um die 90-Prozent-Marke (Abb 2.8).

Abb 2.8 Erwerbstätigenquoten 25- bis 49-jähriger nach Kinderzahl
Deutschland, 2007



Erwerbstätigenquoten 25- bis 49-jähriger nach Alter des jüngsten Kindes
Deutschland, 2007



Am Ball bleiben: Schneller Wiedereinstieg in den Beruf ist wichtig

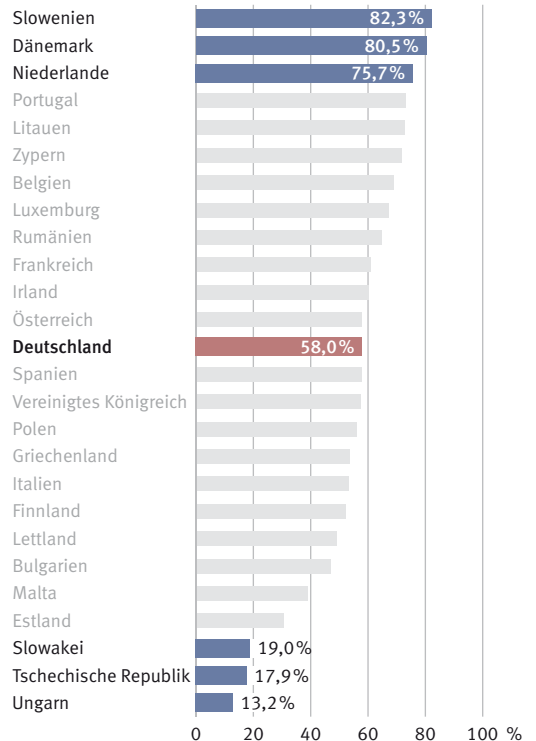
Viele Frauen laufen durch die kinderbedingte Auszeit Gefahr, in der Arbeitswelt den Anschluss zu verlieren. Ein Indikator dafür, wie schnell Frauen nach der Geburt ihres Kindes wieder im Berufsleben Fuß fassen, ist die Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern unter drei Jahren. Der Vergleich zeigt, dass EU-weit immer noch sehr große Unterschiede bestehen. So waren in Slowenien rund 82 % der Mütter mit Kleinkindern ins Arbeitsleben integriert. Auch in Dänemark und den Niederlanden waren mehr als drei Viertel der Frauen (80 % bzw. 76 %) berufstätig. Von den Müttern in Deutschland mit Kindern unter drei Jahren arbeiteten 58 %. Am wenigsten präsent auf dem Arbeitsmarkt waren die Mütter in Ungarn (13 %), der Tschechischen Republik (18 %) und der Slowakei (19 %). Dort war nicht einmal jede fünfte Frau mit Kleinkind erwerbstätig (Abb 2.9).

Arbeitszeitmodelle

Eine hohe Erwerbstätigenquote von Vätern und Müttern allein ist kein ausreichendes Indiz für die Familienfreundlichkeit der Arbeitswelt. Um beurteilen zu können, wie umfassend Eltern ins Berufsleben integriert sind, muss u. a. auch der Umfang ihrer Arbeitszeit berücksichtigt werden. Teilzeitarbeit bietet gegenüber einer Vollzeitstelle sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits ermöglicht sie



Abb 2.9 Erwerbstätigenquoten 25- bis 49-jähriger Mütter, mit jüngstem Kind unter 3 Jahren EU-27*, 2007



* Ohne Schweden.

Eltern, Beruf und Familie zeitlich besser miteinander zu vereinbaren. Andererseits kann Teilzeitarbeit mit einem Karriereknick verbunden sein, da sie mitunter – vor allem bei Männern – mit mangelndem Engagement in Verbindung gebracht wird. Reduzierte Arbeitszeit bedeutet auch, auf Teile des Lohnes und der Rentenbeiträge zu verzichten, wodurch nicht immer ein Existenzsicherndes Einkommen bzw. eine ausreichende Altersvorsorge gewährleistet bleibt.

Trotz politischer Bemühungen, Mütter stärker ins Berufsleben einzubinden und Vätern mehr Zeit für die Familie zu ermöglichen, ist die Teilzeitbeschäftigung immer noch Frauensache. Am deutlichsten wurde dies in den Niederlanden, wo 2007 in der

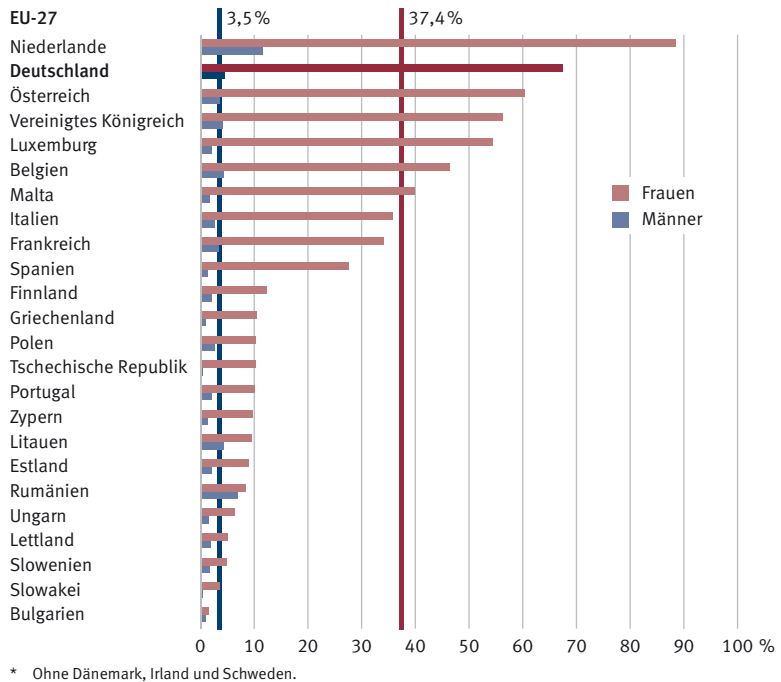
Altersgruppe der erwerbstätigen 25- bis 49-jährigen mit minderjährigen Kindern rund neun von zehn Müttern (89%) verkürzt arbeiteten. In Deutschland war der Anteil mit 67% ebenfalls sehr hoch. In den meisten ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas bewegten sich die Quoten hingegen im einstelligen Bereich. So arbeiteten in Bulgarien nur etwas mehr als ein Prozent der berufstätigen Mütter Teilzeit. Männer schränkten ihr berufliches Engagement mit der Vaterschaft hingegen kaum ein. Die höchste Teilzeitquote erreichten 2007 mit 12% die erwerbstätigen Väter

in den Niederlanden. In allen anderen Ländern lag die Quote der Männer unter 10%. In Deutschland arbeiteten knapp 5% der berufstätigen Väter mit minderjährigen Kindern verkürzt (Abb 2.10).

Anteil Teilzeit arbeitender Mütter steigt mit der Kinderzahl

Beeinflusst wird die Teilzeitquote unter anderem auch durch die Anzahl der Kinder. Bei den berufstätigen Frauen mit minderjährigen Kindern gilt in der Mehrheit der Länder die Regel: Je höher die Kinderzahl desto höher der Anteil der Teilzeitarbeitenden. So arbeiteten 2007 in Deutschland von den erwerbstätigen Frauen ohne minderjährige Kinder rund 28% verkürzt. Mit einem minderjährigen Kind lag die Quote bereits bei 61%. Mit zwei Kindern betrug sie 75%. Von den Frauen mit drei und mehr Kindern hatten 78% eine Teilzeitstelle.

Abb 2.10 Teilzeitquote 25- bis 49-jähriger Erwerbstätiger mit mindestens einem minderjährigen Kind
EU-27*, 2007



Klassisch: Männer nehmen überwiegend die Ernährerrolle ein

Bei Männern hatte die Anzahl der Kinder einen anderen Effekt auf die Teilzeitquote. Rund 9% der Männer ohne minderjährige Kinder arbeiteten in Deutschland in Teilzeit. Gehörten minderjährige Kinder zur Familie, sank die Teilzeitquote auf 5% bei einem Kind und blieb bei zunehmender Kinderzahl etwa auf diesem Niveau (mit zwei Kindern: 4%, drei und mehr Kinder: 5%).



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Mütter in der EU immer noch deutlich niedrigere Erwerbstätigenquoten aufweisen als Väter. Ihre Arbeit findet zudem wesentlich häufiger in Teilzeit statt, während Männer in der Regel Vollzeit erwerbstätig sind. Insgesamt beeinflussen Kinder die Erwerbs-

tätigenquote von Männern kaum. Ein Grund dafür ist das nach wie vor weitverbreitete traditionelle Modell häuslicher Arbeitsteilung, in dem sich Väter in erster Linie für die ökonomische Absicherung der Familie verantwortlich fühlen und

Frauen die Kinderbetreuung übernehmen. Von einer ausgeglichenen Arbeitsteilung sind Eltern in den EU-Ländern somit noch weit entfernt.



➤ Im Blickpunkt Deutschland: Immer noch große regionale Unterschiede in der Kleinkindbetreuung

Eine grundlegende Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder. Eltern wird die zügige Rückkehr an den Arbeitsplatz erleichtert, wenn sie auf ein zuverlässiges und umfassendes Angebot an Krippen, Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen zurückgreifen können. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben deshalb 2002 auf ihrem Gipfeltreffen in Barcelona beschlossen, dass alle EU-Mitgliedstaaten bis 2010 ein Betreuungsangebot für mindestens ein Drittel der Kinder unter drei Jahren sowie für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter (in Deutschland 6 Jahre) bereitstellen sollen. Bund, Länder und Kommunen haben sich in Deutschland darauf verständigt, dass es bis 2013 bundesweit für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz geben soll.

Im März 2008 wurden in Deutschland knapp 18 % aller Kinder unter drei Jahren in einer Kindertagesstätte oder von Tagesmüttern bzw.

-vätern, die öffentliche Förderung erhielten, betreut. Damit stieg der Anteil gegenüber dem Vorjahr um mehr als zwei Prozentpunkte. Zwischen alten und neuen Bundesländern gab es weiterhin große Unterschiede. So waren im früheren Bundesgebiet 2008 rund 12 % der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung untergebracht, in den neuen Ländern waren es mit 42 % dreieinhalb Mal so viele. Die höchste Betreuungsquote von allen Bundesländern wies Sachsen-Anhalt mit 53 % auf, die niedrigste Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 9 %.

Von den älteren Kindern zwischen drei und fünf Jahren war deutschlandweit ein deutlich höherer Prozentsatz in einer Kindertagesstätte oder öffentlich geförderten Tagespflege untergebracht: Neun von zehn Kindern (91 %) wurden auf diese Weise betreut. Der Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern machte fünf Prozentpunkte aus (Ost: 95 %, West: 90 %).

Quelle: Destatis

2.3 Die ökonomische Situation von Familien

Kinder aufzuziehen stellt für viele Eltern eine finanzielle Herausforderung dar. Ob für die Erstattung des Babys, Kleidung, Urlaub oder eine Ausbildung: Kinder kosten Geld. Hinzu kommt, dass Kinder häufig die Einkommensmöglichkeiten der Familien mindern. Grund dafür ist, dass oft ein Elternteil, meist die Mutter, zugunsten der Kinderbetreuung Teilzeit arbeitet oder ganz zu Hause bleibt. Trotz einkommenspolitischer Korrekturen und Kindergeld verfügen viele Familien somit über ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als kinderlose Haushalte. Wie kommen die Familien damit zu recht? Wie und auf welche Ausgabeposten verteilt sich ihr Haushaltsbudget? Wo ist das Geld knapp und wie wirksam kann der Sozialstaat gegensteuern?

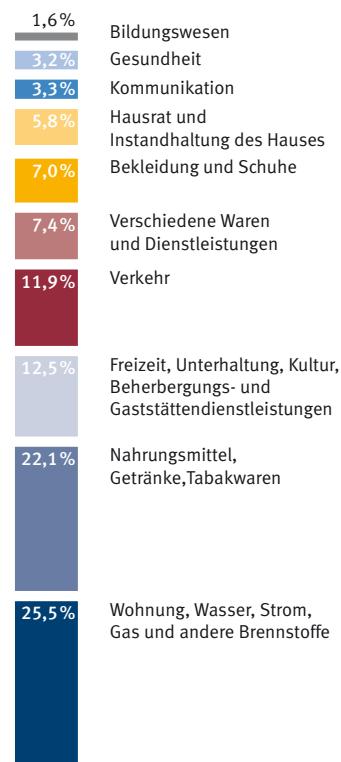
Haushaltsausgaben

Wohnen ist teuer: Ein Viertel der monatlichen Haushaltsausgaben geht dafür drauf

Der größte Ausgabenposten eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 18 Jahren bzw. bis zu 24 Jahren – sofern sie nicht arbeitssuchend bzw. erwerbstätig waren – entfiel in der EU-27 auf die Unterkunft: Wohnen, Wasser, Strom, Gas und Heizung machten 2005 im Durchschnitt rund ein Viertel der Haushaltsausgaben aus. In Bulgarien mussten Familien mit rund 31 % anteilmäßig am meisten für das Wohnen aufwenden. In Deutschland waren es 28 %. Den geringsten Anteil ihres Einkommens für die Unterkunft (jeweils weniger als 15 %) gaben Familien mit zwei Kindern in Malta, Rumänien und Lettland aus.

Zweitgrößter Haushaltsposten waren in der EU-27 die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Sie machten 2005 für eine klassische vierköpfige Familie im Durchschnitt 22 % des Budgets aus. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil dabei in Ländern mit einer relativ geringen Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung. So betrugen die Kosten für Nahrungs- und Genussmittel in Rumänien 48 %, in Litauen 37 % und Bulgarien 34 % der Gesamtausgaben einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. In Deutschland lagen sie hingegen im selben Jahr bei nur 14 %, in Luxemburg bei 11 % (Abb 2.11).

Abb 2.11 **Konsumausgaben eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern**
EU-27, 2005



Armutsgefährdung

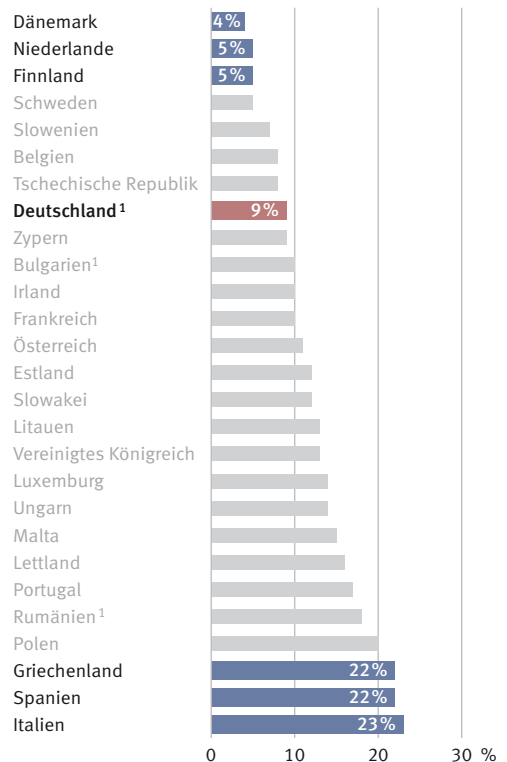
Armut ist relativ

Obwohl Europa zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehört, gibt es auch in den EU-Mitgliedstaaten Armut. Materielle Armut in der EU ist jedoch wegen der unterschiedlichen Lebensstandards als relativ zu betrachten und schwierig abzugrenzen. Eurostat trifft daher auch keine Aussagen über „Armut“, sondern lediglich über eine „Armutsgefährdung“. Als armutsgefährdet gelten Menschen dann, wenn sie inklusive sozialer Transferleistungen (zum Beispiel Leistungen der sozialen Grundsicherung, Elterngeld oder Wohngeld) weniger als 60 % des so genannten „Netto-äquivalenzeinkommens“ (siehe Infokasten S. 54) ihres Landes zur Verfügung haben.

Wie stellt sich die Situation von Haushalten mit abhängigen Kindern dar? Im europäischen Vergleich von Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei abhängigen Kindern zeigte sich, dass die Armutsgefährdung 2006 in einigen südeuropäischen Staaten besonders groß war. In Italien verfügten 23 %, in Spanien und in Griechenland 22 % der Angehörigen dieses Haushaltstyps über ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze. Am geringsten war die Armutsgefährdung in Dänemark (4 %) sowie in den Niederlanden, Finnland und Schweden (jeweils 5 %). Deutschland wies mit 9 % (2005) ebenfalls einen für die EU vergleichsweise niedrigen Wert auf (Abb 2.12).

Die Armutsgefährdungsquote lässt keine Rückschlüsse auf das Wohlstandsniveau eines Landes zu. Vergleicht man die monetären Armutsgefährdungsschwellen zwischen den Mitgliedstaaten werden allerdings die Unterschiede im Lebens-

Abb 2.12 Armutsgefährdungsquote von Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern
EU-27, 2006



1 2005

standard deutlich. Da der Wert eines Euros innerhalb der EU unterschiedlich hoch ist, wird diese Schwelle in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Ein KKS entspricht der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euros in der EU. So waren in Bulgarien die Angehörigen von Haushalten, in denen zwei Erwachsene und zwei Kinder unter 14 Jahren lebten, bis zu einem jährlichen Einkommen von rund 4 800 KKS (2005) von Armut bedroht. In Luxemburg galten hingegen Personen, die im gleichen



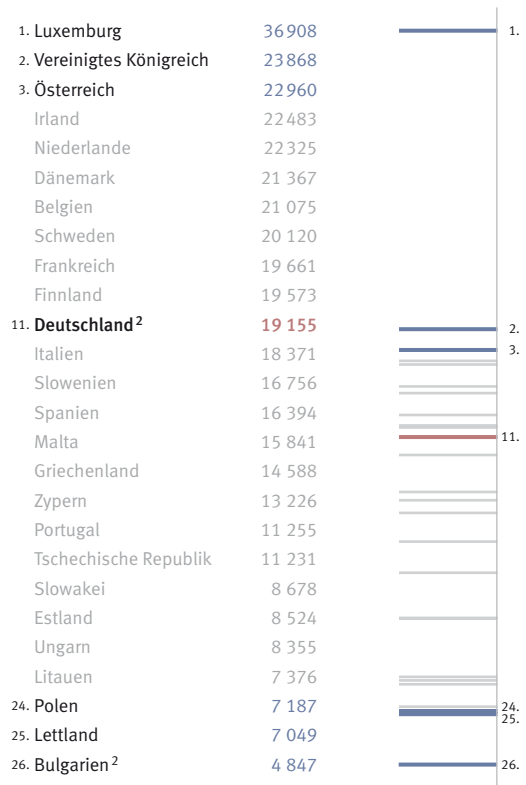
Abhängige Kinder sind, soweit nicht anders erwähnt, Kinder unter 18 sowie junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die in Ausbildung bzw. nicht arbeitsuchend oder erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben.

In der Statistik ist der **Median** der Wert, der bei einer sortierten Folge aller Messwerte („geordnete Stichprobe“) in der Mitte liegt. Fünfzig Prozent der Messwerte sind also kleiner oder gleich dem Median, fünfzig Prozent größer oder gleich. Ein besonderer Vorteil der Verwendung des Medians liegt darin, dass er nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Ausreißerwerte beeinflusst wird, so wie dies bei der Bildung des arithmetischen Mittels – also des umgangssprachlichen „Durchschnitts“ – der Fall ist.

Das **Nettoäquivalenzeinkommen** ermöglicht es, Haushaltseinkommen unabhängig von Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu vergleichen. Dabei wird das Pro-Kopf-Einkommen je nach Haushaltstyp gewichtet. Grundannahme dabei ist, dass das Haushaltseinkommen allen Haushaltsmitgliedern gleichermaßen – entsprechend ihrem jeweiligen Bedarf – zugute kommt und dass durch das Zusammenleben mehrerer Personen Einspareffekte erzielt werden, da beispielsweise Kosten für Miete oder Heizung auf mehrere Personen umgelegt werden können. Zudem wird der Bedarf von Kindern als niedriger eingestuft als der Bedarf von Erwachsenen. So errechnet man z. B. für einen Paarhaushalt mit einem Kleinkind ein Gesamtbedarfsge-
wicht von 1,8. Das bedeutet, dass man davon ausgeht, dass dieser Haushalt das 1,8-fache Einkommen eines Singlehaushaltes benötigt, um den gleichen – äquivalenten – Lebensstandard zu erreichen.

Haushaltstyp lebten, mit einem mehr als sieben Mal so hohen Einkommen in Höhe von rund 36 900 KKS (2007) bereits als armutsgefährdet. Deutschland lag mit rund 19 200 KKS (2006) im europäischen Mittelfeld (Abb 2.13).

Abb 2.13 Armutsgefährdungsschwelle für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren
EU-27*, 2006, in Kaufkraftstandards (KKS)¹



* Ohne Rumänien.

1 Ein KKS entspricht der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euros in der EU.

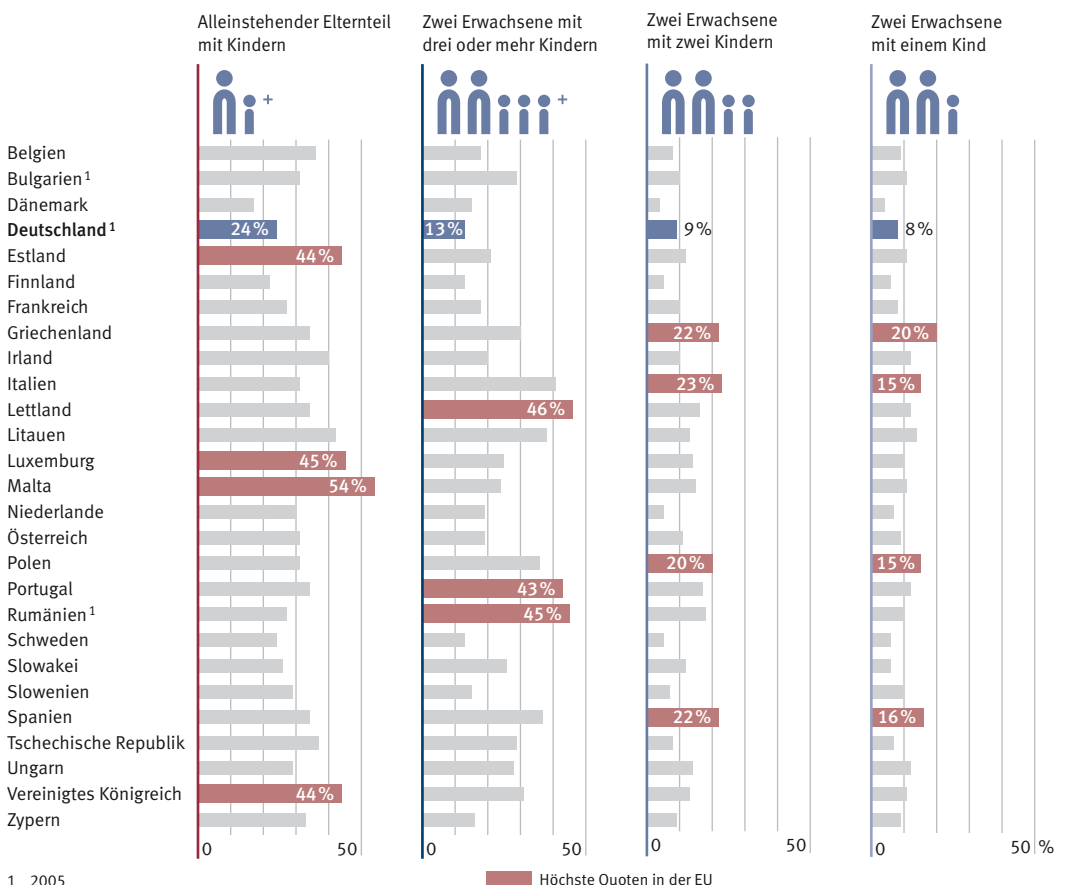
2 2005

Auf sich allein gestellt: Alleinerziehende besonders stark armutsgefährdet

Haushalte, in denen ein alleinerziehender Elternteil (in der Regel sind dies Frauen) mit Kindern lebt, waren besonders armutsgefährdet. 2006 lag in mehr als der Hälfte der EU-Länder das Nettoäquivalenzeinkommen von über 30% der Personen in diesen Haushalten unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Besonders hohe Anteile wiesen dabei Malta (54%), Luxemburg (45%), Estland und das Vereinigte Königreich (je 44%) auf. Etwas besser ist die Lage hingegen in Dänemark (17%) und Finnland (22%). In Deutschland waren es 24% (2005).

Bei Haushalten, die aus zwei Erwachsenen und einem oder mehreren Kindern bestanden, lag die Armutsgefährdungsquote hingegen deutlich niedriger. Dabei galt jedoch in den meisten EU-Ländern: Je mehr Kinder, desto höher das Armutsrisiko. So waren zum Beispiel in Portugal 2006 in Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind 12% von Armut bedroht. Mit zwei Kindern stieg die Quote auf 17%, mit drei oder mehr abhängigen Kindern lag sie bei 43%. Für Deutschland (2005) ergab sich eine ähnliche Abstufung, allerdings auf niedrigerem Niveau (mit einem Kind: 8%, mit zwei Kindern: 9%, mit drei und mehr Kindern: 13%) (Abb 2.14).

Abb 2.14 Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstypen mit Kindern
EU-27, 2006



Vor allem Familien mit minderjährigen Kindern leiden unter Geldnot

Wie beurteilen Familien mit Kindern selbst ihre finanzielle Lage? Die Erhebungen zeigen, dass viele Familien in Deutschland aus eigener Sicht über ein äußerst knappes Haushaltsbudget verfügen. So gab hierzulande 2006 fast ein Viertel (24 %) der Haushalte mit zwei Erwachsenen und Kindern an, mit dem monatlichen Einkommen nur mit Schwierigkeiten zurecht zu kommen, von den Alleinerziehenden sogar 41 %. Zum Vergleich: Nur 15 % der kinderlosen Zweipersonen-Haushalte waren betroffen.

Fast drei Viertel der Alleinerziehenden haben kaum finanzielle Ressourcen

Noch einmal deutlich mehr Familien gaben an, über keine finanziellen Reserven zu verfügen. Auf die Frage, ob sie in der Lage wären, unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mehr als 800 Euro aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln bestreiten zu können, antworteten 43 % der Haushalte von zwei Erwachsenen und abhängigen Kindern mit „Nein“. Von den Alleinerziehenden sahen sich sogar 71 % nicht in der Lage dazu. Bei den Haushalten, in denen zwei Erwachsene ohne Kinder lebten, war es nur knapp ein Drittel (30 %).



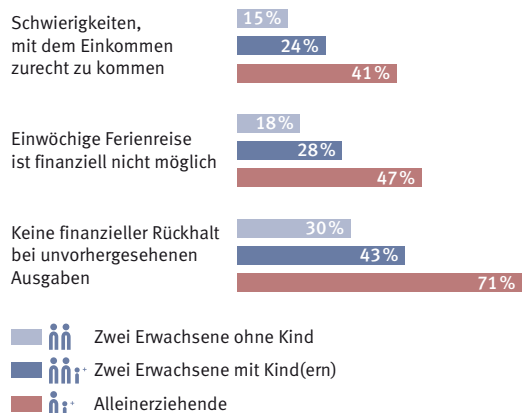
Die angespannte Finanzlage vieler Familien machte sich auch bei der Urlaubsplanung bemerkbar. Von den Alleinerziehenden-Haushalten gab 2006 fast jeder zweite (47 %) an, keine einwöchige Feriendreise im Jahr finanzieren zu können. Von den Paaren mit Kindern konnten sich das nach eigener Aussage 28 % nicht leisten. Von den Haushalten, in denen zwei Erwachsene ohne Kinder lebten, waren es lediglich 18 % (Abb 2.15).

Sozialleistungen

Oft die letzte Rettung: Hilfe vom Staat

Armutsgefährdung von Familien stellt vor allem für die betroffenen Kinder eine schwere Belastung dar. Mögliche Folgen können schlechtere schulische Leistungen, unzureichende soziale Integration und gesundheitliche Probleme sein. Besteht Armutsgefährdung über einen langen Zeitraum sind häufig eingeschränkte berufliche Perspektiven die Folge. Dauerhaft drohen die Betroffenen in einen Teufelskreis zu geraten, in dem das Problem der sozialen Ausgrenzung von einer Generation auf die nächste übertragen wird.

Abb 2.15 Haushalte mit finanziellen Schwierigkeiten nach Haushaltstypen
Deutschland, 2006



Quelle: Destatis

Um gegenzusteuern, hat der Europäische Rat die Bekämpfung der Kinderarmut im März 2006 zu einer Schwerpunktaufgabe der EU ausgerufen. Staatliche Transferleistungen spielen dabei eine wichtige Rolle. In Deutschland zählen u. a. die Leistungen der sozialen Grundsicherung sowie Kindergeld, Wohngeld und Elterngeld dazu. Sie tragen dazu bei, die Zahl der von Armut bedrohten Kinder und deren Familien zu reduzieren.

In den einzelnen Ländern wirken die staatlichen Transfers der Armutsgefährdung entgegen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. So wären z. B. in Ungarn 2006 ohne Sozialtransfers 44 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von Armut bedroht gewesen. Durch erfolgte staatliche Leistungen konnte das Armutsrisiko auf 19 % gesenkt werden. In Deutschland lag 2005 die Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers mit 12 % ebenfalls deutlich unter den 34 %, die ohne Ausgleichszahlungen bestanden hätte. Ähnlich wirksam griffen die Sozialschutzsysteme in Österreich (15 % gegenüber 36 %) und Schweden (12 % gegenüber 33 %). Anders in Griechenland: Dort lag der Prozentsatz der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen nach Sozialtransfers (23 %) nur um vier Prozentpunkte unter dem Wert, der ohne staatliche Hilfen erreicht worden wäre (27 %) (Tab 2.2).

Die „Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers“ ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, denn unmittelbar empfangene Sozialtransfers wie Sachleistungen oder Steuerfreibeträge gehen als Einkommensbestandteile beziehungsweise als verminderte Abzüge in die Berechnung mit ein. Dadurch kann der Effekt staatlicher Umverteilung allein aus dem Vergleich der Quoten vor und nach Sozialleistungen verzerrt sein.

Tab 2.2 Armutsgefährdungsquoten unter 18-Jähriger vor und nach der Zahlung von Sozialleistungen
EU-27, 2006

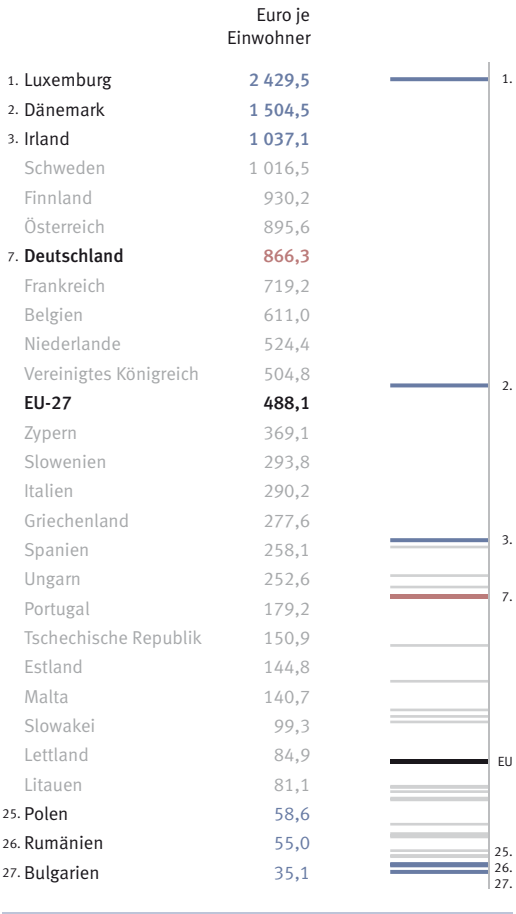
	Armutsgefährdungsquote in %		
	vor Sozialleistungen	nach Zahlung von Sozialleistungen	Differenz in Prozentpunkten
Ungarn	44	19	25
Deutschland ¹	34	12	22
Österreich	36	15	21
Schweden	33	12	21
Finnland	31	11	20
Frankreich	36	16	20
Irland	39	19	20
Vereinigtes Königreich	40	23	17
Tschechische Republik	31	16	15
Belgien	31	17	14
Dänemark	24	10	14
Slowenien	25	11	14
Luxemburg	33	20	13
Niederlande	25	14	11
Polen	35	24	11
Estland	28	18	10
Malta	29	19	10
Slowakei	27	17	10
Lettland	30	21	9
Rumänien	34	25	9
Zypern	20	12	8
Italien	32	25	7
Litauen	29	22	7
Portugal	27	21	6
Bulgarien ¹	21	16	5
Spanien	29	24	5
Griechenland	27	23	4

¹ 2005

Für Familien und Kinder gaben die EU-Länder 2006 im Rahmen ihrer Sozialschutzleistungen im Durchschnitt 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Die Ausgaben variierten dabei von Land zu Land: So wendete Polen nicht einmal 1 % seines BIP auf. In Dänemark machten die Leistungen für Familien und Kinder hingegen 3,7 % des BIP aus. Deutschland lag mit 3,1 % des BIP ebenfalls über dem EU-Durchschnitt. Dies entsprach einem Budget von 71,4 Mrd. Euro bzw. 866 Euro je Einwohner. Am höchsten waren die Pro-Kopf-Ausgaben für Familien und Kinder in Luxemburg (2 430 Euro). Sie betrugen rund das Siebzigfache dessen, was der bulgarische Staat aufwandte, und zwar 35 Euro je Einwohner (Abb 2.16).



Abb 2.16 Sozialausgaben des Staates für Familien und Kinder EU-27, 2006





Eurostat – Ein Fundus an Fakten zu Europa

Eurostat ist das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften. Zu seinen Aufgaben gehören die Zusammenstellung und Verbreitung der amtlichen europäischen Daten. Mit dem Datenangebot erfüllt Eurostat ein erklärtes Ziel der Europäischen Union: Die Möglichkeit zur Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an einer wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft. Im Unterschied zu den nationalen Statistikämtern erhebt Eurostat selbst keine Daten, sondern erhält diese von den Statistikbehörden der Mitgliedstaaten. Eurostat harmonisiert das Zahlenmaterial, um internationale Vergleichbarkeit zu schaffen und ein EU-Ergebnis zu erstellen. Es sichert zusammen mit den nationalen Statistikämtern die Einhaltung europaweit einheitlicher Qualitätsstandards.

Das Informationsangebot Eurostats erstreckt sich über die EU insgesamt, die Eurozone, die 27 Mitgliedsländer der EU sowie die EFTA-Staaten Norwegen, Schweiz und Island. Ergänzend werden Zahlen zu den Beitrittskandidaten und wichtigen Handelspartnern wie den Vereinigten Staaten und Japan bereitgestellt. Das Datenangebot umfasst soziale, wirtschaftliche und umweltrelevante Themen. Ausgewählte Indikatorensets liefern Zahlen zu Kernthemen wie Konjunktur, Staatsfinanzen, nachhaltige Entwicklung oder Bildung. Viele Statistiken werden auch auf regionaler Ebene veröffentlicht. Für Deutschland sind eine Reihe wichtiger Indikatoren auf Bundesland-, Regierungsbezirk- und Kreisebene verfügbar.

Europäische Daten im Internet

Einen Einstieg in die europäische Datenwelt bietet die Funktion „Erster Besuch“ auf der Eurostat Website (ec.europa.eu/eurostat). Hier werden alle wichtigen Aspekte der amtlichen EU-Statistik zusammenfassend präsentiert. Das Kernelement der Website ist die Online Datenbank. Sie enthält mehr als 300 Millionen statistischer Angaben. In aller Regel sind die Daten in Form langer Zeitreihen verfügbar und können kostenfrei und ohne Registrierung heruntergeladen werden. Auf der Website sind Pressemitteilungen, Hintergrundinformationen zu den Daten und zum Europäischen Statistischen System sowie eine breite Palette an Veröffentlichungen im PDF-Format eingestellt. Auch Publikationen wie das Eurostat-Jahrbuch oder die leserfreundlichen Pocketbooks stehen dort kostenfrei zum Download bereit.

Europaweites Netzwerk an Servicestellen

Eurostat koordiniert ein Netzwerk an Servicestellen in den nationalen Statistikämtern der EU-Mitgliedstaaten, an die sich jedermann kostenfrei und in seiner Landessprache wenden kann. Für Deutschland ist der EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes die Anlaufstelle zur EU-Statistik. Dort erfährt der Nutzer, ob es EU-Daten zu seinem Informationsbedarf gibt, wo diese im Internet zu finden sind, wie man die Datenbanken bedient oder welche Eurostat-Veröffentlichungen verfügbar sind.

Statistisches Bundesamt, i-Punkt Berlin
EDS Europäischer Datenservice
Tel.: +49 (0) 611 / 75 94 27
E-Mail: eds@destatis.de
www.eds-destatis.de